

T a r i f

des

Verkehrsverbundes Warnow

Gültig ab 1. Februar 2017
(inkl. aller Änderungen mit Stand: 16.07.2018)

Hierdurch wird der VVW-Tarif, gültig ab 01.02.2015, aufgehoben.

Herausgegeben von der
Verkehrsverbund Warnow GmbH

Änderungen und Ergänzungen

Nr der Bekanntmachung	Bekanntgegeben durch Ber.Blatt Nr	Gültig ab	Kurzer Inhalt	Berichtigt am
1	Mitt T 02/17	Sofort	Mitn. E-Scooter	20.02.17
2	Mitt T 16/17	Sofort	JobTicket	06.10.17
3	Mitt T 03/18	01.03.18	Mitn. E-Scooter	19.02.18
4	Mitt T 06/18 Erg Mitt T 06/18	15.05.18	MobileTicket	15.05.18
5	Mitt T 07/18	25.05.18	Datenschutz	28.05.18
6	Mitt T 10/18	01.08.18	CityTicket	13.07.18
7	Mitt T 13/18	20.08.18	KRASS-Freizeit-, Vorschul-/SchülerTicket	13.07.18

Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	5
<u>Teil I: Gemeinsame Beförderungsbedingungen (GBB)</u>	6
§ 1. Geltungsbereich	7
§ 2. Anspruch auf Beförderung	7
§ 3. Von der Beförderung ausgeschlossene Personen	8
§ 4. Verhalten der Fahrgäste	8
§ 5. Zuweisen von Fahrzeugen und Plätzen	10
§ 6. Beförderungsentgelte, Fahrausweise, Entwertung	10
§ 7. Zahlungsmittel	12
§ 8. Ungültige Fahrausweise	13
§ 9. Erhöhtes Beförderungsentgelt (EBE)	13
§ 10. Erstattung von Beförderungsentgelt	14
§ 11. Fahrgastrechte im Schienenpersonennahverkehr bei Zugverspätungen, Zugausfällen und ggf. daraus resultierenden Anschlussversäumnissen	15
§ 12. Beförderung von Sachen	17
§ 13. Beförderung von Tieren	19
§ 14. Fundsachen	19
§ 15. Haftung	20
§ 16. Ausschluss von Ersatzansprüchen	20
§ 17. Gerichtsstand	20
§ 18. Inkrafttreten	20
<u>Teil II: Tarifbestimmungen</u>	21
1 Allgemeine Bestimmungen	22
1.1 Tarifbereich	22
1.2 Beförderungsvertrag	22
1.3 Fahrausweise	22
1.4 MobileTicket	24
1.5 Fahrpreise	25
1.6 Vertrieb	25
1.7 Entwertung	26
1.8 Sicherung gegen Missbrauch	26
1.9 Verbundgebietüberschreitende Fahrten	26
2 Tarifbestimmungen	27
2.1 Einzelfahrausweise	27
2.2 Tageskarten	28
2.3 Fahrausweise für Fahrräder	29
2.4 Wochen- und Monatskarten zum Normaltarif	30
2.4.1 Persönliche Wochen- und Monatskarten	30
2.4.2 Monatskarten plus	30
2.4.3 Monatskarten + Bike	31
2.4.4 Monatskarten + Family	32
2.5 Mobil60-Ticket	32
2.6 JobTicket	33
2.7 Wochen- und Monatskarten zum Ermäßigungstarif	33
2.8 VorschulTicket	35

2.9	SchülerTicket	36
2.10	KRASS-FreizeitTicket	36
2.11	SemesterTicket	37
2.12	Übergangskarten zur Benutzung der 1.Wagenklasse in Zügen des Nahverkehrs	38
2.13	FlughafenTicket	39
2.14	Sonderangebote	40
2.14.1	HotelTicket	40
2.14.2	TheaterTicket	40
2.14.3	ParkTicket	41
2.14.4	CityTicket	41
2.14.5	RostockCards	42
3	Schwerbehinderte Menschen	43
4	Mitnahme von Sachen und Tieren	43
4.1	Sachen	43
4.2	Tiere	44
5	Beförderung von Polizisten in Uniform	44
<u>Verzeichnis der Anlagen</u>		45
Anlage 1 – Beförderungsentgelte		46
Anlage 2 – Kalkulation des Fahrpreisanteils von KombiTickets		52
<u>Teil III Allgemeine Geschäftsbedingungen</u>		53
1.	Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Abonnement-Verfahren (ABO)	54
2.	Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Online-Abonnement-Verfahren (ABO-online)	56
3.	Allgemeine Geschäftsbedingungen für Jahreskarten	58
4.	Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Mobil60-Ticket im Abonnement-Verfahren (ABO)	60
5.	Bedingungen für das SchülerTicket Rostock	62
6.	Allgemeine Bedingungen für das JobTicket	65
<u>Teil IV Besondere Bestimmungen</u>		67
1.	Allgemeine Bestimmungen zum InterCombi-Ticket	68
2.	Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Verkauf und die Nutzung von MobileTickets	71

Vorwort

Der Tarif des Verkehrsverbundes Warnow enthält die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen und den Verbundtarif der im Verkehrsverbund Warnow (VVW) zusammengeschlossenen Unternehmen für die Bereiche Hansestadt Rostock und Landkreis Rostock. Er gilt für die Beförderung von Personen sowie für die Mitnahme von Sachen und Tieren

- in den öffentlichen Straßenbahnen und Stadtomnibussen sowie auf der öffentlichen Fährverbindung über die Warnow der Rostocker Straßenbahn AG (**RSAG**),
- in den Zügen der DB Regio AG (RB, RE, S) (**DB Regio**),
- auf der öffentlichen Fährverbindung der Weißen Flotte GmbH (**WF**) Stralsund über die Warnow,
- auf den öffentlichen Linien der rebus Regionalbus Rostock GmbH (**rebus**),
- in den Zügen der Mecklenburgischen Bäderbahn Molli GmbH (**MBB**),

Soweit in diesem Tarif nichts Besonderes festgelegt ist, gelten für die Personenbeförderung

- für Fahrten mit Zügen des Nahverkehrs innerhalb des Verbundgebietes grundsätzlich die Bestimmungen des Verbundtarifes.
Ausnahmen:
BahnCard 100 der DB AG
Zeitkarten des Fernverkehrs der DB AG

Die Ausnahmen beschränken sich ausschließlich auf Züge des Nahverkehrs der DB. Ein Umsteigen auf andere Verkehrsmittel ist nicht zugelassen.

- in Zügen der MBB die Tarifbestimmungen (Einzel- und Tageskarten) und Beförderungsbedingungen der MBB.

Teil I:

Gemeinsame Beförderungsbedingungen (GBB)

§ 1. Geltungsbereich

(1) Die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen (GBB) gelten für die Beförderung von Personen und die Mitnahme von Sachen und Tieren auf den nachfolgend aufgeführten Strecken und Linien der Unternehmen, die den Tarif des VVW anwenden.

Dazu gehören:

Rostocker Straßenbahn AG **RSAG**
mit allen öffentlichen Straßenbahn- und Stadtomnibuslinien
sowie mit der öffentlichen Fährverbindung über die Warnow,

DB Regio AG **DB Regio**
mit den Zügen der DB Regio AG (RE, RB, S) - nachfolgend Züge des
Nahverkehrs genannt - ,

Weißer Flotte GmbH Stralsund **WF**
mit der öffentlichen Fährverbindung über die Warnow,

rebus Regionalbus Rostock GmbH **rebus**
mit den öffentlichen Regionalbuslinien sowie den Stadtbuslinien
in Güstrow und Bützow,

Mecklenburgische Bäderbahn Molli GmbH **MBB**
mit den öffentlichen Zügen– nachfolgend Molli genannt –
unter Beachtung des § 6 (1),

(2) Der Fahrgast schließt den Beförderungsvertrag mit dem Verkehrsunternehmen ab, das für die benutzte Linie die Genehmigung hat. Im Auftragsverkehr ist der Auftraggeber Vertragspartner.

Der Beförderungsvertrag tritt mit dem Einsteigen in das Verkehrsmittel in Kraft.

(3) Die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen sind Bestandteil des Beförderungsvertrages.

§ 2. Anspruch auf Beförderung

(1) Anspruch auf Beförderung besteht, soweit

1. nach den Vorschriften des für den jeweiligen Verkehr geltenden Gesetzes (Personenbeförderungsgesetz [PBefG] und des Allgemeinen Eisenbahngesetzes [AEG]) und den aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften (Verordnung über die Allgemeinen Beförderungsbedingungen für den Straßenbahn- und Obusverkehr sowie den Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen [VOAllgBefBed] oder die Eisenbahn-Verkehrsordnung [EVO]) eine Beförderungspflicht gegeben ist,
2. die Beförderungsbedingungen eingehalten werden,
3. die Beförderung mit den regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln möglich ist,
4. die Beförderung nicht durch Umstände behindert wird, welche die Unternehmen nicht abwenden können und denen sie auch nicht abhelfen konnten und
5. der Fahrgast einen gültigen Fahrausweis vorweisen kann.

Sachen werden nur nach Maßgabe des § 12 und Tiere nur nach Maßgabe des § 13 dieser GBB befördert.

(2) Kinder in Kinderwagen werden nur in Begleitung einer geeigneten Aufsichtsperson befördert. Für die Mitnahme von schwerbehinderten Menschen mit Rollstühlen und von Kinderwagen sind die Beschaffenheit und die Besetzung des Fahrzeugs maßgebend. Die Entscheidung über die Beförderung liegt beim Verkehrs- oder Betriebspersonal (in der Folge „Personal“ genannt).

Personal im Sinne dieser Beförderungsbedingungen sind alle vom Unternehmer zur Erfüllung seiner Aufgaben beauftragten Personen. Dieses übt auch das Hausrecht für das Verkehrsunternehmen aus.

§ 3. Von der Beförderung ausgeschlossene Personen

(1) Personen, die eine Belästigung oder eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung des Betriebes oder für die Fahrgäste darstellen, sind von der Beförderung ausgeschlossen und können von den Anlagen und Einrichtungen des Verkehrsunternehmens verwiesen werden.

Soweit diese Voraussetzungen vorliegen, können insbesondere ausgeschlossen werden

1. Personen, die unter erheblichem Einfluss alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel stehen,
2. Personen mit ansteckenden Krankheiten gemäß Infektionsschutzgesetz,
3. Personen mit Waffen, die unter das Waffengesetz fallen, es sei denn, dass sie zum Führen von Waffen berechtigt sind,
4. Personen, die Gewaltbereitschaft zeigen bzw. Gewalt ausüben,
5. verschmutzte und übel riechende Personen.

(2) Kinder bis zum vollendeten 4. Lebensjahr werden nur in Begleitung einer Aufsichtsperson befördert. Nicht schulpflichtige Kinder vor Vollendung des 6. Lebensjahres können von der Beförderung ausgeschlossen werden, sofern sie nicht auf der gesamten Fahrstrecke von Personen begleitet werden, die mindestens das 6. Lebensjahr vollendet haben; die Vorschriften des Absatzes 1 bleiben unberührt.

(3) Über den Ausschluss von der Beförderung entscheidet das Personal.

(4) Der rechtmäßige Ausschluss von der Fahrt bzw. der rechtmäßige Verweis einer Person aus dem Fahrzeug bzw. von der Betriebsanlage begründet keinen Anspruch auf Schadenersatz.

§ 4. Verhalten der Fahrgäste

(1) Fahrgäste haben sich bei der Benutzung der Betriebsanlagen und Fahrzeuge so zu verhalten, wie es die Sicherheit und Ordnung des Betriebes, ihre eigene Sicherheit und die Rücksicht auf andere Personen gebieten. Anweisungen des Personals ist Folge zu leisten.

(2) Fahrgästen ist insbesondere untersagt

1. sich mit dem Fahrzeugführer während der Fahrt zu unterhalten,
2. die Türen und sonstige Absperrvorrichtungen während der Fahrt und außerhalb der Haltestellen eigenmächtig zu öffnen,
3. Gegenstände aus dem Fahrzeug zu werfen oder herausragen zu lassen,
4. während der Fahrt auf- oder abzuspringen,
5. ein als besetzt gekennzeichnetes oder nicht zur Benutzung freigegebenes Fahrzeug zu betreten,
6. sich über die äußere Begrenzung des Fahrzeugs hinauszulehnen oder sich darauf aufzuhalten,

7. sich auf den Bühnen der Wagen des Molli aufzuhalten, wenn die Bühnengitter nicht geschlossen sind. Kinder dürfen sich nur unter Aufsicht und in Begleitung Erwachsener auf der Bühne aufhalten; der Aufenthalt auf der Bühne geschieht auf eigene Gefahr,
8. brennende Gegenstände aus dem Zug zu werfen,
9. die Benutzbarkeit der Betriebseinrichtungen, der Durchgänge und der Ein- und Ausstiege, z. B. durch sperrige Gegenstände, zu beeinträchtigen,
10. den besonderen Bahnkörper außerhalb der Übergänge zu betreten oder zu überqueren,
11. in Fahrzeugen oder Abteilen und unterirdischen Bahnsteiganlagen sowie anderen gekennzeichneten Nichtraucherbereichen zu rauchen,
12. Tonwiedergabegeräte oder Tonrundfunkempfänger zu benutzen oder Tonwiedergabegeräte mit Kopfhörern zu benutzen (gilt auch für Mobiltelefone und Smartphones), wenn andere Fahrgäste dadurch belästigt werden,
13. in Fahrzeugen, auf Bahn- und Fähranlagen Fahrräder, Pedelecs/E-Bikes, Segways, Rollbretter, Inlineskates, Rollschuhe oder vergleichbare Fortbewegungsmittel zu benutzen,
14. in allen Verkehrsmitteln der Verzehr von Speiseeis, in Bussen und Straßenbahnen sowie auf den Fähren der Verzehr von Speisen und Getränken,
15. ohne Erlaubnis zu musizieren,
16. in den Fahrzeugen und auf den Betriebsanlagen Waren, Dienstleistungen oder Sammlungen ohne Zustimmung des Verkehrsunternehmens anzubieten bzw. durchzuführen,
17. zu betteln,
18. in den Fahrzeugen oder auf den Betriebsanlagen Druckschriften zu verteilen oder Propaganda zu betreiben.

Vom Personal oder durch örtliche Anweisung kann das Essen und Trinken untersagt werden.

(3) Die Fahrgäste dürfen das Fahrzeug nur an den Haltestellen betreten oder verlassen; Ausnahmen bedürfen der Weisung bzw. der Zustimmung des Personals. Soweit besonders gekennzeichnete Ein- und Ausgänge vorhanden sind, sind diese beim Betreten und Verlassen des Fahrzeugs zu benutzen. Es ist zügig ein- und auszusteigen sowie in das Fahrzeuginnere aufzurücken. Wird die bevorstehende Abfahrt angekündigt, darf das Fahrzeug nicht mehr betreten oder verlassen werden.

Jeder Fahrgast ist verpflichtet, sich im Fahrzeug stets einen festen Halt zu verschaffen.

(4) Auf Bitte des Fahrgastes kann dieser grundsätzlich im Linienverkehr mit Bussen täglich zwischen 20.00 Uhr und 4.00 Uhr einen Halt auch zwischen den Haltestellen veranlassen, wenn der Haltewunsch spätestens an der letzten vor dem Ausstiegsziel liegenden Haltestelle dem Fahrer mitgeteilt wird. Ein Ausstieg ist nur an der vorderen Tür (Ausnahme: Kinderwagen, Rollstuhlfahrer usw.) möglich.

Ob ein außerplanmäßiger Halt im Einzelfall ermöglicht werden kann, liegt im Ermessen des Personals. Der Fahrpreis wird so bemessen, als würde der Fahrgast an der nächstfolgenden regulären Haltestelle aussteigen.

(5) Die Beaufsichtigung der Kinder obliegt deren Begleitern. Sie haben insbesondere dafür zu sorgen, dass Kinder nicht auf den Sitzplätzen knien oder stehen und nach Maßgabe der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften im Linienverkehr mit Personenkraftwagen Sicherheitsgurte angelegt haben oder in einer Rückhalteeinrichtung für Kinder gesichert sind.

(6) Verletzt ein Fahrgast trotz Ermahnung die ihm obliegenden Pflichten nach den Absätzen 1 bis 4, so kann er von der Beförderung ausgeschlossen werden.

(7) Bei Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten haben das Personal sowie Beauftragte die Rechte nach § 229 BGB bzw. § 127 Abs. 1 und 3 StPO die Personalien festzustellen und, wenn diese verweigert werden, die Verursacher bis zum Eintreffen der Polizei festzuhalten.

(8) Bei Verunreinigungen von Fahrzeugen, Betriebsanlagen oder Betriebseinrichtungen kann ein Reinigungsentgelt in Höhe von 20,00 € erhoben werden.

Weitergehende Ansprüche sowie eine strafrechtliche Verfolgung bleiben unberührt. Bei Anmahnungen des Betrages durch das Verkehrsunternehmen wird zusätzlich eine Bearbeitungsgebühr von 5,00 € fällig.

(9) Beschwerden sind - außer in den Fällen des § 6 Abs. 7 und des § 7 Abs. 3 - nicht an das Fahr-, sondern an das Aufsichtspersonal zu richten. Soweit Beschwerden nicht durch das Aufsichtspersonal erledigt werden können, sind sie unter Angabe von Datum, Uhrzeit, Fahrzeug- und Linienbezeichnung sowie möglichst unter Beifügung des Fahrausweises an die Verwaltung des Verkehrsunternehmens (§ 1 Abs. 2) zu richten.

(10) Wer missbräuchlich die Notbremse oder andere Sicherheitseinrichtungen betätigt, hat - unbeschadet einer Verfolgung im Strafrechtverfahren und weitergehender zivilrechtlicher Ansprüche - einen Betrag von 30,00 € zu zahlen.
Im Eisenbahnverkehr beträgt bei missbräuchlicher Betätigung der Notbremse der zu zahlende Betrag 200,00 €. Gleiches gilt für die missbräuchliche Auslösung eines Rauchmelders im Zug (insbesondere durch unerlaubtes Rauchen auf der Toilette), wenn es hierdurch zu einer Notbremsung oder einem außerplanmäßigen Halt des Zuges kommt. Dem Reisenden bleibt der Nachweis vorbehalten, dass kein oder ein geringerer Schaden entstanden ist.

(11) Bei Verstoß gegen das Rauchverbot (Absatz 2, Nr. 11) wird eine Gebühr in Höhe von 10,00 € erhoben.

§ 5. Zuweisen von Fahrzeugen und Plätzen

(1) Das Personal kann Fahrgäste auf bestimmte Fahrzeuge verweisen, wenn dies aus betrieblichen Gründen oder zur Erfüllung der Beförderungspflicht notwendig ist.

(2) Das Personal ist berechtigt, Fahrgästen Plätze anzuweisen; Anspruch auf einen Sitzplatz besteht nicht. Sitzplätze sind für schwerbehinderte Menschen, in der Gehfähigkeit Beeinträchtigte, ältere oder gebrechliche Personen, werdende Mütter und Fahrgäste mit kleinen Kindern freizugeben.

(3) Das Einsteigen in Busse der Regionallinien wird nur an der vorderen Tür beim Fahrpersonal zugelassen.

(4) Die Unternehmen bieten auf einigen Linien alternative Bedienungsformen an. Diese Linien sind in den Aushängen und Fahrplänen besonders gekennzeichnet.

§ 6. Beförderungsentgelte, Fahrausweise, Entwertung

(1) Für die Beförderung sind die festgesetzten Beförderungsentgelte zu entrichten; hierfür werden Fahrausweise ausgegeben. Die Fahrausweise des VVW werden im Namen und für Rechnung der in § 1 (1) aufgeführten Verkehrsunternehmen verkauft. Die gemeinsamen Fahrausweise gelten auf allen in den Verbundtarif einbezogenen Strecken und Linien.

In den Zügen der MBB gelten nur die Zeitkarten (Wochen- und Monatskarten) des VVW – Übertragbarkeit und Mitnahmeregelungen sind hier ausgeschlossen -, ansonsten sind die Beförderungsentgelte der MBB zu entrichten.

Auf der Buslinie 127 der rebus GmbH gelten ausschließlich FlughafenTickets. Andere VVW-Fahrausweise finden keine Anerkennung.

Bei Verlust oder Diebstahl von Fahrausweisen besteht kein Anspruch auf Ersatz durch die Verkehrsunternehmen.

(2) Der Fahrgast hat den Fahrausweis vor Antritt der Fahrt im Vorverkauf an Fahrausweisverkaufsstellen oder -automaten zu erwerben bzw. sofort beim Betreten des Fahrzeuges den erforderlichen Fahrausweis zu lösen.

Nutzt der Fahrgast die örtlich vorhandenen Vorverkaufsmöglichkeiten (Verkaufsstelle, Automat) nicht, können in mit Personal besetzten Zügen des Nahverkehrs – außer S-Bahn-Linien 1, 2 und 3 – Fahrausweise gegen Bezahlung eines Aufschlages ausgegeben werden, wenn der Fahrgast sich unverzüglich und unaufgefordert bei Antritt der Fahrt beim Personal meldet. Die Höhe des Aufschlages beträgt 10 % des Fahrpreises, jedoch mindestens 2,00 € und höchstens 10,00 €. Bei Funktionsuntüchtigkeit der Fahrausweisautomaten und Entwerter der DB AG außerhalb der Hansestadt Rostock hat sich der Fahrgast zwecks Erwerb eines Fahrausweises bzw. zum Entwerten des Fahrausweises unverzüglich und unaufgefordert an das Personal zu wenden. Im Bereich der S-Bahn-Linien 1, 2 und 3 sind Fahrausweise grundsätzlich vor Antritt der Fahrt zu erwerben und zu entwerten.

In den Bussen und Straßenbahnen der RSAG werden an Automaten Einzelfahr-, Tages- und Fahrradkarten verkauft.

Bei Funktionsuntüchtigkeit der Fahrausweisautomaten der RSAG in den Fahrzeugen hat sich der Fahrgast unmittelbar nach Feststellung der Störung beim Fahrpersonal zu melden. Der Fahrgast ist verpflichtet sich an der nächstmöglichen Haltestelle einen Fahrausweis zu beschaffen.

In den Regional- und Stadtbussen von rebus können Fahrausweise beim Personal erworben werden. Inhaber von Wochen- und Monatskarten sind verpflichtet, ihren Fahrausweis dem Personal beim Einsteigen unaufgefordert vorzuzeigen.

Die Personale der Fähren Warnemünde (WF) und Rostock (RSAG/antaris) verkaufen Fahrausweise eines ausgewählten Sortimentes.

(3) Einzelfahr-, Tages- und Fahrradkarten, die in Kundenzentren oder an stationären Automaten erworben worden sind, werden zur Fahrt erst durch die Entwertung gültig. Sie sind

- auf den Bahnhöfen und den Fähranlegern der WF vor Antritt der Fahrt,
- in den übrigen Verkehrsmitteln sofort bei Betreten des Fahrzeuges

mittels Entwerter von den Fahrgästen selbst zu entwerten.

Fahrausweise, die in Fahrzeugen durch Personal oder an Automaten ausgegeben werden, sind bereits entwertet und nur für die sofortige Fahrt gültig.

Besteht keine Möglichkeit zum Entwerten, so ist der Fahrausweis unverzüglich und unaufgefordert nach Betreten des Fahrzeugs dem Personal zur Entwertung auszuhändigen.

Sind die Züge des Nahverkehrs nicht mit Personal besetzt, ist der Fahrausweis beim Umsteigen unverzüglich zu entwerten.

Der Fahrgast hat sich von der Richtigkeit des Fahrausweises für die vorgesehene Fahrt und der ordnungsgemäßen Entwertung zu überzeugen.

Fahrausweise können auch in elektronischer Form als MobileTickets über mobile Endgeräte ausgegeben werden. Es gelten zusätzlich die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Verkauf und die Nutzung von MobileTickets.

(4) Will der Inhaber eines Zeitfahrausweises über den örtlichen Geltungsbereich seines Zeitfahrausweises hinausfahren, so kann er für die Weiterfahrt einen Einzelfahrausweis (hier Anschlussfahrkarte genannt) nutzen.

Die Anschlussfahrkarte ist an der Grenze des Geltungsbereiches seines Zeitfahrausweises zu entwerten.

In den Zügen des Nahverkehrs ist die Anschlussfahrkarte noch innerhalb des Geltungsbereiches des Zeitfahrausweises dem Personal zur Entwertung vorzulegen. Bei anschließendem Übergang auf ein anderes Verkehrsmittel ist die Anschlussfahrkarte dort zusätzlich zu entwerten. Bei Fahrten mit den S-Bahn-Zügen ist die Anschlussfahrkarte vor dem Einsteigen zu entwerten und bei der Kontrolle die Zeitkarte und Anschlussfahrkarte vorzuzeigen.

In der S-Bahn Rostock innerhalb der Hansestadt Rostock ist als Anschlussfahrkarte eine Einzel- oder Tagesfahrkarte Rostock vor Fahrtantritt zu entwerten.

Für den Bereich des Stadtverkehrs Güstrow ist als Anschlussfahrkarte ein Fahrausweis zum Stadttarif Güstrow an der Zonengrenze Region/Zone 13 zu entwerten.

(5) Der Fahrgast hat den Fahrausweis bis zur Beendigung der Fahrt aufzubewahren und ihn dem Personal auf Verlangen vorzuzeigen oder auszuhändigen. Fahrausweise und sonstige Karten sind nach Beendigung der Fahrt bis zum Verlassen des Fahrzeugs oder des Bahnsteigs einschließlich der Zu- und Abgänge aufzubewahren.

(6) Kommt ein Fahrgast einer Pflicht nach den Absätzen 2 bis 4 und 5 trotz Aufforderung nicht nach, kann er von der Beförderung ausgeschlossen werden; die Pflicht zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes nach § 9 bleibt unberührt.

(7) Beanstandungen des Fahrausweises sind unverzüglich gegenüber dem Personal vorzubringen. Spätere Beanstandungen können aus Beweisgründen nicht mehr berücksichtigt werden.

§ 7. Zahlungsmittel

(1) Das Beförderungsentgelt soll abgezahlt bereitgehalten werden.

Das Fahrpersonal ist nicht verpflichtet, Geldbeträge über 10,00 € zu wechseln sowie erheblich beschädigte Geldscheine und Münzen anzunehmen. Für das Fahrpersonal besteht keine Verpflichtung mehr als insgesamt 20 Münzstücke anzunehmen.

(2) Soweit das Fahrpersonal Geldbeträge über 10,00 € nicht wechseln kann, ist dem Fahrgast eine Quittung über den zurückbehaltenen Betrag auszustellen. Das Wechselgeld kann binnen 3 Monate unter Vorlage der Quittung bei der Verwaltung des Unternehmens abgeholt werden. Ist der Fahrgast mit dieser Regelung nicht einverstanden, besteht kein Anspruch auf Weiterbeförderung.

(3) Beanstandungen des Wechselgeldes oder der vom Fahrpersonal ausgestellten Quittung müssen sofort vorgebracht werden.

(4) An Fahrkartenautomaten ist entsprechend den dort erklärten technischen Vorgaben zu zahlen. Beanstandungen sind umgehend gemäß Aushang an den Automaten bei der dort angegebenen Rufnummer oder beim Fahrpersonal vorzubringen.

§ 8. Ungültige Fahrausweise

(1) Fahrausweise, die entgegen den Beförderungsbedingungen oder den Tarifbestimmungen benutzt werden, sind ungültig und werden eingezogen; dies gilt insbesondere für Fahrausweise,

1. die nicht entwertet sind,
2. die nicht vorschriftsmäßig ausgefüllt bzw. unterschrieben sind und trotz Aufforderung nicht sofort ausgefüllt bzw. unterschrieben werden,
3. die unerlaubt laminiert oder eingeschweißt wurden, zerrissen, zerschnitten oder sonst beschädigt, stark verschmutzt oder unleserlich sind, so dass sie nicht mehr ordnungsgemäß geprüft werden können,
4. die eigenmächtig geändert oder unrechtmäßig erworben oder hergestellt sind,
5. die von Nichtberechtigten benutzt werden,
6. die zu anderen als den zulässigen Fahrten benutzt werden,
7. die wegen Ablauf der Geltungsdauer (einschl. Tarifänderung) oder aus anderen Gründen verfallen sind,
8. die ohne das erforderliche Lichtbild benutzt werden oder
9. die mehrfach entwertet worden sind,

(2) Ein Fahrausweis, der nur in Verbindung mit einem in den Tarifbestimmungen vorgesehenen Berechtigungsnachweis gilt, ist ungültig und kann eingezogen werden, wenn der Berechtigungsnachweis nicht auf Verlangen vorgezeigt wird.

Aus diesem Grund eingezogene Fahrausweise werden bei Nachweis der Berechtigung innerhalb von einer Woche nach Feststellung zurückgegeben.

(3) In den Zügen der DB Regio AG eingezogene Zeitfahrausweise können gemäß der auf der Fahrpreisnacherhebung angegebenen Kontaktdaten angefragt bzw. zurückgefordert werden.

Einspruchsstelle Frankfurt: DB Vertrieb GmbH, Fahrpreisnacherhebung, Düsseldorfer Str. 15-17, 2.OG, 60329 Frankfurt am Main,

Telefon: 07221 9235-1000 (Montag bis Freitag: 8 bis 20 Uhr, Samstag: 9 bis 17 Uhr)

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden Sie unter:

www.db-fahrpreisnacherhebung.de.

(4) Beförderungsentgelt für eingezogene Fahrausweise wird grundsätzlich nicht erstattet. Wird ein Fahrausweis zu Unrecht eingezogen, zahlt das Verkehrsunternehmen die dem Fahrgast zur Benutzung der Verkehrsmittel nachgewiesenen Mehrkosten in angemessener Höhe. Weitere Ersatzansprüche, insbesondere für Zeitverlust und Verdienstausschlag, sind ausgeschlossen.

Der unrechtmäßig eingezogene Fahrausweis wird zurückgegeben, sofern er noch für weitere Fahrten verwendet werden kann.

§ 9. Erhöhtes Beförderungsentgelt (EBE)

(1) Ein Fahrgast ist zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet, wenn er

1. für sich oder – soweit der Tarif hierfür ein Beförderungsentgelt vorsieht – für von ihm mitgeführte Fahrräder bzw. Sachen gemäß § 12 und/oder mitgeführte Tiere gemäß § 13 keinen gültigen Fahrausweis beschafft hat,
2. sich einen gültigen Fahrausweis beschafft hat, diesen jedoch bei der Überprüfung nicht vorzeigen kann,
3. den Fahrausweis nicht oder nicht unverzüglich im Sinne des § 6 Abs. 3 entwertet hat oder entwerten ließ,
4. den Fahrausweis auf Verlangen nicht zur Prüfung vorzeigt oder aushändigt,
5. keinen Nachweis der Ermäßigungsberechtigung vorzeigen kann,

6. bei Kontrollen in Zügen der DB Regio AG ohne Fahrausweis angetroffen wird, ohne dass der Prüfer selbst durch Augenschein oder Störungsmeldung der Einsatzstelle eine Störung am Automaten oder Entwerter festgestellt hat.

Eine Verfolgung im Straf- und Bußgeldverfahren bleibt unberührt. Die Vorschriften unter den Nummern 1 und 3 werden nicht angewendet, wenn das Beschaffen oder die Entwertung des Fahrausweises aus Gründen unterblieben ist, die der Fahrgast nicht zu vertreten hat.

(2) Ein Fahrgast, der zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet ist, hat bei Aufforderung durch das Prüfpersonal, sich diesem gegenüber mittels eines amtlichen Lichtbildausweises zu legitimieren. Soweit dies nicht erfolgt oder falsche Personalien angegeben werden, sind von ihm die hierdurch entstehenden Kosten zu tragen.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 wird ein erhöhtes Beförderungsentgelt von 60,00 € erhoben.

(4) Das erhöhte Beförderungsentgelt wird für die zurückgelegte Strecke erhoben, es ist an das zuständige Personal zu entrichten. Über den gezahlten Betrag wird eine Quittung ausgestellt. Ist der Fahrgast nicht bereit oder nicht in der Lage, das erhöhte Beförderungsentgelt sofort zu entrichten, so erhält er eine Zahlungsaufforderung. Die Zahlungsaufforderung oder die Quittung über die Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes ist kein Fahrausweis für die Weiterfahrt. Für die Weiterfahrt ist ein nach den Tarifbestimmungen gültiger Fahrausweis erforderlich.

(5) Weist ein Fahrgast innerhalb einer Woche ab Feststellungstag bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens durch Vorlage des Fahrausweises bzw. der Ermäßigungsberechtigung nach, dass er im Zeitpunkt der Feststellung Inhaber eines gültigen nicht übertragbaren Zeitfahrausweises und/oder einer gültigen Ermäßigungsberechtigung war, ermäßigt sich das erhöhte Beförderungsentgelt im Falle von Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 5 auf 7,00 €. Soweit § 12 Absatz 3 EVO für Fahrten mit der Eisenbahn günstigere Regelungen vorsieht, bleiben diese unberührt. Für Inhaber von Abonnement- und Jahresfahrausweisen gelten im Übrigen die jeweiligen Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

(6) Muss das erhöhte Beförderungsentgelt gemäß Abs. 2 nach Ablauf einer Woche von dem Verkehrsunternehmen angemahnt werden, wird neben dem erhöhten Beförderungsentgelt eine Bearbeitungsgebühr von 5,00 € erhoben.

Bei Versäumung der Frist gemäß Abs. 4 zur Vorlage des gültigen, nicht übertragbaren Zeitfahrausweises und/oder Bezahlung des ermäßigten erhöhten Beförderungsentgeltes wird neben dem erhöhten Beförderungsentgelt von 60,00 € eine Bearbeitungsgebühr von 5,00 € erhoben.

(7) Der Fahrgast ist bei der Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes in jedem Fall verpflichtet, seine Personalien anzugeben. Personen ohne gültigen Fahrausweis, die die Zahlung des erhöhten Beförderungsentgeltes und die Angaben zur Person verweigern, können von der Beförderung ausgeschlossen werden.

§ 10. Erstattung von Beförderungsentgelt

(1) Wird ein Fahrausweis nicht zur Fahrt genutzt, so wird das Beförderungsentgelt auf Antrag gegen Vorlage des Fahrausweises erstattet. Beweispflichtig für die Nichtbenutzung des Fahrausweises ist der Fahrgast.

(2) Für Einzelfahrkarten sowie für Tages- und Gruppen-Tageskarten wird das Beförderungsentgelt nicht erstattet, es sei denn, das Verkehrsunternehmen hat die Nichtnutzung zu vertreten.

(3) Wird ein Zeitfahrausweis (Wochen-, Monatskarten) nicht oder nur teilweise benutzt, so wird das Beförderungsentgelt auf Antrag gegen Vorlage des Fahrausweises anteilig erstattet. Je Geltungstag wird von dem für den Zeitfahrausweis entrichteten Beförderungsentgelt das Entgelt für 2 Einzelfahrten abgezogen.

Für die Festlegung des Zeitpunktes bis zu dem Einzelfahrten als durchgeführt gelten, ist der Tag der Rückgabe oder Hinterlegung des Zeitfahrausweises oder das Datum des Poststempels der Übersendung des Zeitfahrausweises mit der Post maßgeblich.

Ein früherer Zeitpunkt bei nicht übertragbaren Zeitfahrausweisen kann nur berücksichtigt werden, wenn die Bescheinigung eines Arztes, eines Krankenhauses oder einer Krankenkasse über Krankheit mit Ausgehunfähigkeit, Unfall oder Tod des Fahrgastes vorgelegt wird.

Bei Anrechnung des Beförderungsentgeltes für die durchgeführten Einzelfahrten wird eine Ermäßigung nur bei Vorliegen der hierfür erforderlichen Voraussetzungen, im Übrigen das Beförderungsentgelt für eine Einzelfahrt zum Normaltarif zugrunde gelegt.

(4) Anträge nach den Absätzen 1 und 3 sind unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche nach Ablauf der Geltungsdauer des Fahrausweises bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens zu stellen, bei dem der Fahrausweis gekauft wurde.

(5) Von dem zu erstattenden Betrag wird je Bearbeitungsfall eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 5,00 € sowie eine etwaige Überweisungsgebühr abgezogen. Die Bearbeitungsgebühr und eine etwaige Überweisungsgebühr werden nicht abgezogen, wenn die Erstattung aufgrund von Umständen beantragt wurde, die das Verkehrsunternehmen zu vertreten hat.

(6) Für Zeitfahrausweise, die vor dem 1. Geltungstag zurückgegeben bzw. umgetauscht werden, wird keine Bearbeitungsgebühr erhoben.

(7) Ein Anspruch auf Erstattung des entrichteten Beförderungsentgeltes besteht nicht bei berechtigtem Ausschluss von der Beförderung und für in Verlust geratene Fahrausweise.

(8) Im Zusammenhang mit einem Tarifwechsel können Einzelfahrausweise und Tageskarten zum abgelaufenen Tarif bis zum letzten Kalendertag des Monats, der dem Tarifwechsel folgt, genutzt werden. Danach können diese Fahrausweise innerhalb von 5 weiteren Monaten gegen Zuzahlung des Differenzbetrages umgetauscht werden.

(9) Die Regelungen des § 11 für den Schienenpersonennahverkehr bleiben unberührt.

(10) Für über mobile Endgeräte erworbene Fahrausweise gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Verkauf und die Nutzung von MobileTickets.

§ 11. Fahrgastrechte im Schienenpersonennahverkehr bei Zugverspätungen, Zugausfällen und ggf. daraus resultierenden Anschlussversäumnissen

(1) Grundlage der Fahrgastrechte sind die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr und das Gesetz zur Anpassung eisenbahnrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr vom 26. Mai 2009 (BGBl. I S. 1146).

(2) Die nachfolgenden Absätze regeln die Fahrgastrechte innerhalb des Verkehrsverbundes Warnow soweit eine Verspätung oder ein Zugausfall durch die Eisenbahnverkehrsunternehmen

DB Regio AG und/oder der Mecklenburgischen Bäderbahn Molli GmbH, die Verkehrsleistungen im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) erbringen, verursacht worden ist.

Die Vorschriften zu den Fahrgastrechten gelten nicht für die Beförderung mit anderen schienengebundenen Verkehrsmitteln (zum Beispiel Straßenbahnen) und anderen Verkehrsmitteln (zum Beispiel Omnibusse und Fähren).

Berechtigt der Fahrausweis zur Fahrt mit verschiedenen Verkehrsmitteln, werden die Fahrgastrechte nur wirksam, soweit die Verspätung im Bereich der tatsächlichen bzw. geplanten Eisenbahnbeförderung eingetreten ist.

Ergänzend finden die Regelungen zu den Fahrgastrechten in den Beförderungsbedingungen für Personen durch die Unternehmen der Deutschen Bahn AG [Beförderungsbedingungen Personenverkehr (BB P), Tfv 600/A] Anwendung.

(3) Macht der Fahrgast von seinen Fahrgastrechten Gebrauch, kann er bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Erstattung oder eine Entschädigung verlangen.

(4) Der Fahrgast hat einen Anspruch auf Erstattung, wenn

- a) eine Ankunftsverspätung des gewählten Zuges am Zielort um mehr als 60 Minuten absehbar ist.
Der Fahrgast kann in diesem Fall von der Reise zurücktreten und sich den Fahrpreis erstatten lassen. Eine gleichzeitige Erstattung und Entschädigung für die gleiche Fahrt ist ausgeschlossen.
- b) eine Ankunftsverspätung des gewählten Zuges am Zielort von mindestens 20 Minuten absehbar ist.
Der Fahrgast kann in diesem Fall seine Reise mit einem anderen Zug durchführen, sofern für diesen Zug keine Reservierungspflicht besteht. Wenn der Fahrgast für den ersatzweise genutzten Zug einen weiteren Fahrausweis erwerben muss (zum Beispiel für den Fernverkehr), kann er von dem Eisenbahnunternehmen, das für die Verspätung verantwortlich ist, den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen.
Ein Anspruch auf Durchführung der Fahrt in einem anderen Zug besteht nicht, wenn der Fahrgast im Besitz eines erheblich ermäßigten Fahrausweises (Semesterticket) ist.
- c) der Zug, dessen planmäßige Ankunftszeit zwischen 00:00 Uhr und 05:00 Uhr liegt, um mindestens 60 Minuten verspätet ist.
Der Fahrgast kann in diesem Fall andere Verkehrsmittel zu seinem Zielort benutzen, zum Beispiel ein Taxi. Gleiches gilt, wenn die letzte fahrplanmäßige Verbindung des Tages mit dem Zug ausfällt und der Fahrgast den Zielort bis 24:00 Uhr nicht mehr erreichen kann. Der Fahrgast kann hierfür den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen bis zu einem Höchstbetrag von 80,00 € verlangen. Der Fahrgast hat eine Schadensminderungspflicht. Das bedeutet, dass ein Ersatz der Aufwendungen nicht verlangt werden kann, wenn eine alternative Beförderung (zum Beispiel Omnibus, Sammeltaxi) zur Verfügung gestellt wurde.

Wann vernünftigerweise mit einer Ankunftsverspätung am Zielort nach den Punkten a) und b) zu rechnen ist, richtet sich nach objektiver Beurteilung, insbesondere der

- Aushangfahrpläne und ausgehängten Informationen über Fahrplanänderungen an Stationen und Bahnhöfen,
- elektronischen Anzeigen und Lautsprecheransagen in Zügen und an Stationen und Bahnhöfen,
- Fahrplaninformationen aus Buchungssystemen personalbedienter Verkaufsstellen,
- Verfügbaren Fahrplaninformations- und Reisendeninformationsmedien.

(5) Der Fahrgast hat einen Anspruch auf Entschädigung bei relationsbezogenen Fahrausweisen für eine einfache Fahrt,

- a) ab einer Verspätung von 60 Minuten am Zielort in Höhe von 25 Prozent des Fahrpreises,
- b) ab einer Verspätung von 120 Minuten am Zielort in Höhe von 50 Prozent des Fahrpreises.

(6) Der Fahrgast hat einen Anspruch auf Entschädigung bei Fahrausweisen, die mindestens einen Tag Gültigkeit haben, wenn er im Gültigkeitszeitraum seines Fahrausweises wiederholt, d.h. mindestens drei Mal in der 2. Wagenklasse und zwei Mal in der 1. Wagenklasse, Verspätungen von mindestens 60 Minuten erlitten hat.

Die Entschädigung beträgt pauschal

- a) 1,50 EUR pro Fahrt in der 2. Wagenklasse bzw. 2,25 EUR pro Fahrt in der 1. Wagenklasse
- b) 0,40 EUR pro Fahrt für Fahrausweise für Fahrräder,

in Summe jedoch maximal 25 Prozent des tatsächlich gezahlten Fahrpreises.

Der Fahrgast reicht die Entschädigungsanträge gesammelt ein, bei Fahrausweisen mit einer Gültigkeit bis zu einem Monat (Tageskarten, Wochenkarten und Monatskarten) nach Ablauf der Gültigkeit und bei Fahrausweisen mit einer Geltungsdauer von mehr als einem Monat (Jahreskarten, Abonnements) bei Erreichen des Entschädigungsanspruchs.

(7) Der Entschädigungsbetrag wird auf volle fünf Cent aufgerundet. Der Auszahlungsbetrag für eine Entschädigung muss für die unter Absatz (5) und (6) genannten Fahrausweise mindestens 4,00 EUR betragen, das heißt, Fahrpreisentschädigungen unter diesem Betrag werden nicht ausgezahlt.

(8) Eine Erstattung oder Entschädigung des VVW-Fahrausweises kann nur erfolgen, wenn keine anderen Fahrtalternativen vorhanden waren oder die Verspätung zum Zeitpunkt des Fahrausweiserwerbs noch nicht bekannt war.

(9) Der Fahrgast muss seinen Erstattungs- bzw. Entschädigungsanspruch innerhalb eines Jahres nach Ablauf der Geltungsdauer des Fahrausweises bei dem unter Absatz (2) Satz 1 genannten Eisenbahnverkehrsunternehmen bzw. bei dem von den Unternehmen beauftragten Dienstleister Servicecenter Fahrgastrechte geltend machen. Die Erstattung oder Entschädigung erfolgt mit dem Fahrgastrechte-Formular zusammen mit den beigefügten Unterlagen und Belegen.

(10) Im Falle von Streitigkeiten aus der Beförderung durch Eisenbahnverkehrsunternehmen kann der Reisende eine geeignete Schlichtungsstelle kontaktieren. Eine Streitigkeit liegt vor, wenn einer schriftlichen Beschwerde des Fahrgastes nicht binnen eines Monats abgeholfen wurde bzw. eine andere Rechtsauffassung durch den Kunden vertreten wird.

§ 12. Beförderung von Sachen

(1) Ein Anspruch auf Beförderung von Sachen besteht nicht. Handgepäck und sonstige Sachen, die sich zur Mitnahme eignen, werden bei gleichzeitiger Mitfahrt des Fahrgastes und nur dann befördert, wenn dadurch die Sicherheit und Ordnung des Betriebes nicht gefährdet und andere Fahrgäste nicht belästigt werden können. Eine Mitnahme von Sachen scheidet aus, wenn hierdurch der Haltestellenaufenthalt über das übliche Maß verlängert wird oder die Gefahr besteht, dass aufgrund der Mitnahme der Sachen andere Fahrgäste keinen Platz im Fahrzeug finden.

Das Personal entscheidet im Einzelfall, ob Sachen zur Beförderung zugelassen werden und an welcher Stelle sie unterzubringen sind.

(2) Fahrräder, Segways Pedelecs/E-Bikes sind nur in den dafür gekennzeichneten Fahrzeugen an den vorgesehenen Plätzen und nur bis zu der ggf. am Fahrzeug angeschriebenen Höchstanzahl unterzubringen. Sie können nur mitgenommen werden, wenn die Beschaffenheit und die Besetzung des Fahrzeugs dies zulassen.

Jeder Fahrgast darf nur ein Fahrrad (dazu zählen auch fahrradähnliche Roller), ein Segway oder ein Pedelec/E-Bike mitnehmen. Als Fahrrad gelten herkömmliche einsitzige Zweiräder. Fahrräder mit einer Radgröße von mehr als 12 Zoll sind entgeltpflichtig. Zusammengeklappte Fahrräder, die unverpackt oder in handelsüblichen Fahrradtaschen, Fahrradsäcken o. ä. verpackt sind, gelten als Traglast.

Die Beförderung von Tandems ist nur auf den Fähren zugelassen.

In den Zügen des Nahverkehrs der DB wird für schwerbehinderte Menschen (Blinde mit Begleitperson § 145 Absatz 1, Punkt 1 SGB IX sowie Personen gemäß § 146 Absätze 1 und 2 SGB IX) die Mitnahme von Tandems gemäß Teil II Punkt 2.3.3 zugelassen.

Dreirädrige Fahrräder (außer zugelassene orthopädische Hilfsmittel), elektronische Mobilitätshilfen – eMo – (Fahrräder mit Hilfsmotor, Pedelecs/E-Bikes, Segways), für die ein Führerschein erforderlich ist bzw. die ein Versicherungs- oder Zulassungskennzeichen tragen, Mofas sowie Lastfahrräder bzw. Anhänger zum Lastentransport sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Fahrradanhänger zur Beförderung von Kindern werden nur mitgenommen, wenn sie nicht mit dem Fahrrad verbunden sind.

Das Personal entscheidet im Einzelfall, ob Fahrräder (dazu zählen auch fahrradähnliche Roller), Segways, Pedelecs/E-Bikes zur Beförderung zugelassen werden und an welcher Stelle sie unterzubringen sind.

(3) Grundsätzlich sind für die Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen die Beschaffenheit und der Besetzungsgrad des Fahrzeugs maßgebend.

E-Scooter werden in Bussen, Straßenbahnen und Bahnen nur mitgenommen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) In den Fahrzeugen muss ein normgerechter Rollstuhlplatz gemäß UN/ECE Regelung Nr.107 mit Rückhalte- und Sicherheitseinrichtungen vorhanden sein. Die Aufstellfläche muss mind. 2000 mm betragen.
- b) Der E-Scooter darf max. eine Länge 1,20 m und eine Gesamtmasse (Leergewicht + Körpergewicht des Nutzers + weitere Zuladungen) 300 kg haben. Er muss vierädig sein und muss ein Bremssystem besitzen, das auf beide Räder einer Achse wirkt (z. B. Feststellbremse), zusätzlichen Anbauten sind nicht zugelassen.
Er muss außerdem geeignet sein, rückwärts in ein Fahrzeug einzufahren. Des Weiteren muss der E-Scooter über ausreichende Bodenfreiheit und Steigfähigkeit verfügen, um über eine mit maximal 12 % geneigte Rampe ein- und ausfahren zu können.
Die Mitnahmetauglichkeit muss durch den Nachweis in der Bedienungsanleitung des Herstellers bestätigt sein.
- c) E-Scooter-Nutzer und –Nutzerinnen müssen in der Lage sein selbständig rückwärts in das Fahrzeug einfahren zu können. Sie müssen sowohl die zum Nachweis der personenbezogenen Voraussetzungen (Schwerbehindertenausweis, Bescheinigung der Krankenkasse) als auch zum Nachweis der Mitnahmetauglichkeit des E-Scooters erforderlichen Unterlagen mitführen und auf Aufforderung des Fahrpersonals zur Prüfung vorzeigen.

E-Scooter werden nur mitgenommen, wenn E-Scooter-Nutzer und –Nutzerinnen im Besitz eines Schwerbehindertenausweises mindestens mit Merkzeichen „G“ sind oder den E-Scooter von einer Krankenkasse verschrieben (Kostenübernahme) bekommen haben.

Eine Beförderungspflicht besteht nicht, wenn der Aufstellplatz für den E-Scooter bereits durch andere Fahrgäste (z. B. mit Rollstuhl, anderen E-Scootern, Kinderwagen) belegt ist.

Erweiterte Mitnahmeregelungen, die über den Erlass der Bundesländer vom 15.03.2017 hinausgehen, sind zulässig. Die Entscheidung darüber trifft jedes Verbundunternehmen eigenständig. Der Fahrgast hat sich vor Antritt der Fahrt zu informieren.

(4) Von der Beförderung sind gefährliche Stoffe und gefährliche Gegenstände ausgeschlossen, insbesondere

1. explosionsfähige, leicht entzündliche, radioaktive, übelriechende oder ätzende Stoffe,
2. unverpackte oder ungeschützte Sachen, durch die Fahrgäste verletzt oder verschmutzt werden können,
3. Gegenstände, die über die Fahrzeugumgrenzung hinausragen.

Im Zweifelsfall trifft das Personal die Entscheidung.

(5) Der Fahrgast hat mitgeführte Sachen so unterzubringen und zu beaufsichtigen, dass die Sicherheit und Ordnung des Betriebes nicht gefährdet und andere Fahrgäste nicht belästigt oder geschädigt werden können.

Bei Schäden, die durch mitgeführte Sachen grob fahrlässig verursacht werden, haftet der Verursacher.

(6) Entsprechend den Möglichkeiten sollen vorrangig schwerbehinderte Menschen in Rollstühlen und Kinder in Kinderwagen mitgenommen werden.

Eine Entscheidung über die Mitnahme liegt beim Personal.

Fahrgäste mit Rollstühlen oder Kinderwagen sollen an den mit den Symbolen versehenen Türen einsteigen und die gekennzeichneten Plätze im Fahrzeuginnern nutzen.

§ 13. Beförderung von Tieren

(1) Auf die Beförderung von Tieren sind § 3 Absatz 1 und § 12 Absatz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.

(2) Hunde werden nur unter Aufsicht einer hierzu geeigneten Person befördert.

Hunde, die Mitreisende gefährden können, müssen einen Maulkorb tragen. In den Verkehrsmitteln sind Hunde stets kurz an der Leine zu führen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Hundehalterverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (HundehVO M-V) über das Führen und Halten von Hunden.

(3) Soweit andere gesetzliche Bestimmungen die Begleitung durch Hunde gestatten, sind diese stets zur Beförderung zugelassen.

(4) Sonstige kleine Tiere dürfen nur in geeigneten Behältnissen mitgenommen werden.

(5) Tiere dürfen nicht auf Sitzplätzen untergebracht werden. Bei Zuwiderhandlungen werden Reinigungskosten nach § 4 Absatz 8 erhoben.

§ 14. Fundsachen

Fundsachen sind gemäß § 978 BGB unverzüglich dem Personal abzuliefern.

Eine Fundsache wird an den Verlierer durch das Fundbüro des Verkehrsunternehmens, in dessen Betriebsanlagen oder Fahrzeugen die Sachen gefunden wurden, gegen Zahlung eines Entgeltes für die Aufbewahrung zurückgegeben.
Für verlorengegangene Sachen wird bis zur Ablieferung an das Personal/Fundbüro gegenüber dem Verlierer keine Haftung übernommen.

Die sofortige Rückgabe an den Verlierer durch das Personal ist zulässig, wenn er sich zweifelsfrei als Verlierer ausweisen kann. Der Verlierer hat den Empfang der Fundsache schriftlich zu bestätigen.

Für die Aufbewahrung und Verwaltung von Fundsachen gelten die Bestimmungen der Verkehrsunternehmen.

§ 15. Haftung

Das Verkehrsunternehmen haftet für die Tötung oder Verletzung eines Fahrgastes und für Schäden an Sachen, die der Fahrgast an sich trägt oder mit sich führt, nach den allgemein geltenden Bestimmungen. Die Unternehmen haften nicht für Schäden, die durch mitgeführte Sachen oder Tiere verursacht werden. Für Sachschäden haftet der Unternehmer gegenüber jeder beförderten Person nur bis zum Höchstbetrag von 1.000,00 €; die Begrenzung der Haftung gilt nicht, wenn die Sachschäden auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zurückzuführen sind.

Bei einem vom Unternehmen verursachten Verlust oder einer Beschädigung von Rollstühlen und anderen Mobilitätshilfen oder Hilfsgeräten umfasst die Entschädigung jedoch mindestens den Wiederbeschaffungswert oder die Reparaturkosten der verloren gegangenen oder beschädigten Ausrüstung oder Geräte.

Hinsichtlich der Beförderung von Reisegepäck gilt bzgl. der Haftung bei der Eisenbahn Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 1371/2007.

§ 16. Ausschluss von Ersatzansprüchen

Abweichungen von Fahrplänen durch Verkehrsbehinderungen, Betriebsstörungen oder -unterbrechungen sowie Platzmangel begründen keine Ersatzansprüche; insoweit wird auch keine Gewähr für das Einhalten von Anschlüssen übernommen. Die Verkehrsunternehmen haften nicht für Unrichtigkeiten im Fahrplan und bei Ausfall von Fahrten, deren Ursache sie nicht zu vertreten haben. Für die Fahrplanangaben an den Haltestellen sowie für Auskünfte des Personals haften die Verkehrsunternehmen entsprechend den hierfür geltenden Rechtsvorschriften.

Der Anspruch auf Beförderung gilt auch dann als erfüllt, wenn der Unternehmer aus betrieblichen Gründen andere als im Fahrplan angegebene Fahrzeuge bereitstellt oder Umleitungsstrecken gefahren werden.

Weitergehende Ansprüche aus § 17 EVO bei einer Beförderung mit der Eisenbahn bleiben unberührt.

§ 17. Gerichtsstand

Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus dem Beförderungsvertrag ergeben, ist der Sitz des jeweiligen Verkehrsunternehmens.

§ 18. Inkrafttreten

Die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen treten am 01.02.2017 in Kraft.

Teil II:
Tarifbestimmungen

1 Allgemeine Bestimmungen

1.1 Tarifbereich

Der Verbundtarif gilt in den Verkehrsmitteln der Unternehmen Rostocker Straßenbahn AG, DB Regio AG, Weiße Flotte GmbH, rebus Regionalbus Rostock GmbH und der Mecklenburgischen Bäderbahn Molli GmbH (unter Beachtung der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen § 6 (1)) in der Hansestadt Rostock und im Landkreis Rostock.

Eine Übersicht des Linien- und Haltestellennetzes sowie die Einteilung der Tarifzonen enthält der Liniennetz- und Tarifzonenplan.

1.2 Beförderungsvertrag

Mit dem Erwerb des Fahrausweises erkennt der Fahrgast

- die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen,
- die Tarifbestimmungen und
- die öffentlich bekannt gemachten Fahrpreise

des VVW in ihrer jeweils gültigen Fassung als Inhalt des Beförderungsvertrages an.

Mit Betreten des Verkehrsmittels bzw. des Bahnsteigs tritt der Beförderungsvertrag in Kraft.

Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr werden unentgeltlich befördert.

1.3 Fahrausweise

Entsprechend den Grundsätzen dieses Tarifs werden ausgegeben:

○ **Einzelfahrausweise**

- * Einzelfahrkarten zum Normaltarif
- * Einzelfahrkarten zum Ermäßigungstarif
- * Einzelfahrkarten für eine Kurzstrecke
- * Fährfahrkarten zum Normaltarif
- * Fährfahrkarten zum Ermäßigungstarif

○ **Tageskarten**

- * Tageskarten zum Normaltarif
- * Tageskarten zum Ermäßigungstarif
- * Gruppen-Tageskarten

○ **Fahrausweise für Fahrräder**

- * Fahrradkarten (Zone Rostock, Güstrow/ Bützow, Gesamtnetz VVW)
- * Fahrradkarten Fähre
- * Fahrrad-Tageskarten (Zone Rostock, Gesamtnetz VVW)
- * Fahrrad-Monatskarten (Gesamtnetz VVW)

○ **Wochenkarten**

- * Wochenkarten zum Normaltarif
- * Wochenkarten zum Ermäßigungstarif

○ Monatskarten

Normaltarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten *plus*
- * Monatskarten + Bike
- * Monatskarten + Family

* JobTicket

Ermäßigungstarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten + Bike (Zone Rostock)

- * VorschulTicket (Zone Rostock)

○ Monatskarten im Abonnement

Normaltarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten *plus*
- * Monatskarten + Bike
- * Monatskarten + Family

- * Mobil60-Ticket (Gesamtnetz VVW)
- * Mobil60-Ticket + Bike (Gesamtnetz VVW)

Ermäßigungstarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten + Bike (Zone Rostock)

- * SchülerTicket (Zone Rostock)

- * KRASS-FreizeitTicket

○ Jahreskarten

Normaltarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten *plus*
- * Monatskarten + Bike
- * Monatskarten + Family

- * Mobil60-Ticket (Gesamtnetz VVW)
- * Mobil60-Ticket + Bike (Gesamtnetz VVW)

Ermäßigungstarif

- * Monatskarten
- * Monatskarten + Bike (Zone Rostock)

○ FlughafenTickets

- * Einzelfahrkarte
- * Einzelfahrkarte ermäßigt
- * Familienkarte

Die vorgenannten Fahrausweise berechtigen in Zügen des Nahverkehrs zur Fahrt in der 2. Wagenklasse.

○ **Übergangskarten zur Benutzung der 1. Wagenklasse in Zügen des Nahverkehrs**

Zum ein- bzw. mehrmaligen Übergang in die 1. Wagenklasse berechtigen folgende Fahrausweise:

- * Einzel-Übergangskarten zum Normaltarif
- * Einzel-Übergangskarten zum Ermäßigungstarif
- * Wochen-Übergangskarten zum Normaltarif
- * Monats-Übergangskarten zum Normaltarif
- * Jahres-Übergangskarten zum Normaltarif

1.4 MobileTicket

1.4.1 Ticket

Das MobileTicket gilt in allen Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Warnow (VVW), außer im Molli. Es ist ausschließlich über mobile Endgeräte erhältlich über

- die VVW-App für iOS- oder Android-Betriebssysteme und
- das internetbasierte Verkaufssystem (VVW-Webshop)

Der Zugang zu den Verkaufssystemen kann mit oder ohne Registrierung erfolgen.

Es ist nur ein eingeschränktes Fahrkartensortiment erhältlich (derzeitig nur Einzelfahrkarten, Tageskarten, Kurzstreckenfahrkarten, Fahrradkarten, Fährfahrkarten und FlughafenTickets). Das Fahrkartenangebot kann jederzeit ohne Vorankündigung angepasst werden. Ein Anspruch zur Ausgabe von Fahrkarten als MobileTicket besteht nicht.

Für den Erwerb und die Zahlungsabwicklung des MobileTickets gelten zusätzlich und ggf. ergänzend die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des VVW für das MobileTicket.

1.4.2 Erwerb

Mit der Bestellung und der Bereitstellung des Tickets wird der Kaufvertrag zwischen dem Nutzer und dem VVW abgeschlossen. Das Ticket ist zum sofortigen Fahrtantritt gültig und muss gemäß § 6 der gemeinsamen Beförderungsbedingungen bereits vor Betreten des Fahrzeugs auf dem Mobiltelefon sichtbar heruntergeladen sein. Abweichend dazu sind Tageskarten als MobileTicket im Vorverkauf erhältlich.

Vor dem Betreten des Fahrzeugs hat sich der Nutzer grundsätzlich vom Empfang des gültigen Tickets zu überzeugen.

1.4.3 Nutzung

Zu Kontrollzwecken ist das Ticket auf dem betriebsbereiten Mobiltelefon während der Fahrt ständig mitzuführen und auf Verlangen dem Prüfpersonal vorzuzeigen bzw. ggf. das Mobiltelefon auszuhändigen. Für die Betriebsbereitschaft des Mobiltelefons, für die Vorsorge gegen Missbrauch sowie für die Anzeige des vollständigen Textes des Tickets ist der Kunde verantwortlich. Für den Fall der Nichtverfügbarkeit, der fehlerhaften bzw. unvollständigen Übertragung des Tickets muss vor Fahrtantritt anderweitig ein gültiges Ticket erworben werden.

Das über das MobileTicketing erstellte Ticket ist personengebunden und nicht übertragbar und nur in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis (Personalausweis, Reisepass oder Führerschein) gültig. Bei dem Erwerb von Tickets für mehrere Personen (Gruppen-Tageskarte) oder andere Mitfahrer muss die auf dem Ticket als Nutzer eingetragene Person stets mitfahren. Kann der Erwerb oder der Nachweis des Tickets bei der Prüfung wegen Telefonversagens nicht erbracht werden (z.B. infolge technischer Störungen, leerer Akku etc.) wird dies als Fahrt ohne gültiges Ticket geahndet und ein erhöhtes Beförderungsentgelt gemäß der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW § 9 erhoben.

1.4.4 Erstattung

Tickets, welche auf mobilen Endgeräten bereitgestellt wurden, können bei nicht oder nur teilweiser Nutzung nicht widerrufen, erstattet oder storniert werden.

1.5 Fahrpreise

Die Höhe des Fahrpreises richtet sich nach der Anzahl der befahrenen Zonen. Eine aufgrund des Verkehrsweges mehrfach befahrene Zone zählt für die Preisberechnung nur einfach. Die befahrenen Zonen müssen aneinandergrenzen.

Abweichend von den vorgenannten Regelungen gilt für Fahrten

- innerhalb der Hansestadt Rostock
ausschließlich der Preis für die Zone Rostock
- innerhalb des gesamten Verbundgebietes
ab 8 Zonen der Preis für das Gesamtnetz VVW,
- mit den Fähren über die Warnow bei Einzelfahrten der Fährtarif
- innerhalb der Städte Güstrow und Bützow
ausschließlich der Stadttarif Güstrow /Bützow.

Für **kombinierte Fahrten Region/Hansestadt Rostock** oder umgekehrt ist zu den befahrenen Regionalzonen für die Zone Rostock eine Zone hinzu zu zählen.

Die Übersicht der Fahrpreise enthält die **Anlage 1**.

1.6 Vertrieb

Fahrausweise werden ausgegeben

- in den unternehmenseigenen Kundenzentren,
- durch die Personale in den mit Personal besetzten Zügen des Nahverkehrs,
- durch die Fahrpersonale in den Bussen von rebus,
- durch das Fährpersonal,
- an besonders gekennzeichneten Verkaufsstellen im Auftrag der beteiligten Unternehmen (Agenturen),
- an den Fahrausweisautomaten (stationär und in Bussen und Straßenbahnen der RSAG).

Berechtigungsausweise zur Nutzung ermäßigter Wochen- und Monatskarten werden nur in den Ausgabestellen der Verkehrsunternehmen

- RSAF - Kundenzentren,
- rebus - Kundenzentrum Rostock (ZOB), Kundenzentrum Güstrow (Bahnhof) und Betriebshof Teterow,
- MBB - Fahrkartenschalter

ausgestellt.

Die Fahrausweise im Abonnement (ABO, SchülerTicket, JobTicket) und Jahreskarten werden nur auf schriftlichen Antrag der Kunden von der ABO-Zentrale zugestellt oder in den Kundenzentren der RSAG ausgegeben.

Einzel-, Wochen- und Monatsübergangskarten zur Nutzung der 1. Wagenklasse können in allen DB-Reisezentren bzw. –Agenturen, an DB-Fahrausweisautomaten sowie beim Personal in den Zügen erworben werden.

Jahres-Übergangskarten sind nur in DB-Reisezentren bzw. bei DB-Agenturen erhältlich.

1.7 Entwertung

Einzel-, Tages- und Fahrradkarten, die in Kundenzentren oder an stationären Automaten erworben worden sind, werden zur Fahrt erst durch die Entwertung gültig. Sie sind

- auf den Bahnhöfen und den Fähranlegern der WF vor Antritt der Fahrt,
- in den übrigen Verkehrsmitteln unverzüglich bei Antritt der Fahrt

mittels Entwerter von den Fahrgästen selbst zu entwerten.

Fahrausweise, die in Fahrzeugen durch Personal oder an Automaten ausgegeben werden, sind bereits entwertet und nur für den sofortigen Fahrtantritt gültig.

Besteht keine Möglichkeit zum Entwerten, so ist der Fahrausweis unverzüglich bei Fahrtantritt dem Personal zur Entwertung auszuhändigen.

Die vom Fährpersonal ausgegebenen Fährfahrkarten und Fahrradkarten Fährere gelten nur für die anschließende Fährfahrt und sind bereits entwertet.

1.8 Sicherung gegen Missbrauch

Der Fahrgast ist verpflichtet, den Fahrausweis auf Verlangen zur Prüfung vorzuweisen bzw. auszuhändigen.

Entwertete Einzel-, Tages- und Fahrradkarten sind nach Fahrtantritt nicht übertragbar.

Bei der Prüfung personengebundener Zeitkarten (Wochen- und Monatskarten, auch in den Ausgabeformen Abonnement und Jahreskarte) ist auf Verlangen neben dem Fahrausweis ein Lichtbildausweis zur Kontrolle der angegebenen Daten vorzuzeigen.

Fahrgäste mit Fahrausweisen, die nur in Verbindung mit einem in den Tarifbestimmungen vorgesehenen Berechtigungsnachweis gelten, sind verpflichtet während der Fahrt den im Tarif geforderten Berechtigungsnachweis bei Kontrollen vorzuzeigen.

1.9 Verbundgebietüberschreitende Fahrten

Für Fahrten, bei denen Start oder Ziel außerhalb des Verbundgebietes liegen bzw. bei denen Start und Ziel außerhalb des Verbundgebietes liegen, aber dieses durchfahren wird, gelten die Tarife des Verkehrsunternehmens, das die verbundgebietüberschreitende Linie betreibt. Die entsprechenden Fahrausweise können nur in den Fahrzeugen bzw. bei den Verkaufseinrichtungen des betreffenden Verkehrsunternehmens erworben werden.

Abweichende Regelungen in den Nahverkehrszügen:

Inhaber einer VVW- Zeitkarte können für Fahrten zwischen einem Bahnhof außerhalb des VVW-Gebietes und dem letzten bzw. ersten Haltebahnhof im Geltungsbereich der VVW-Zeitkarte einen Fahrausweis nach dem Tarif des BB Personenverkehr lösen.

Der Verbundtarif gilt auch auf folgenden verbundgebietüberschreitenden Linienabschnitten:

- Linie 112 zwischen Mandelshagen und Marlow
- Linie 120 zwischen Reppelin und Bad Sülze oder Marlow
- Linie 221 zwischen Friedrichshof und Dargun ZOB
- Linie 230 zwischen Niendorf und Malchin ZOB
- Linie 231 zwischen Großen Luckow und Waren
- Linie 232 zwischen Neuhäuser und Malchin ZOB
- Linie 270 zwischen Tieplitz Abzw. und Sternberg

Auf den folgenden Linienabschnitten werden auch Wochen- und Monatskarten des Verbundtarifes anerkannt:

- Linie 304 (Mecklenburg-Vorpommersche Verkehrsgesellschaft mbH (MVVG))
zwischen Rostock ZOB und Gnoien/Finkenthal

2 Tarifbestimmungen

2.1 Einzelfahrausweise

Es werden ausgegeben:

- Einzelfahrkarten zum Normaltarif
- Einzelfahrkarten zum Ermäßigungstarif
- Einzelfahrkarten für eine Kurzstrecke
- Fährfahrkarten zum Normaltarif
- Fährfahrkarten zum Ermäßigungstarif

Einzelfahrkarten und Fährfahrkarten gelten jeweils für eine Person.

2.1.1 Ermäßigung

Einzelfahrkarten zum Ermäßigungstarif gelten für

- Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr
- Sozialhilfeempfänger der Hansestadt Rostock nur in der Zone Rostock
- Empfänger von ALG-II der Hansestadt Rostock nur in der Zone Rostock
- Inhaber einer Rostocker Ehrenamts-Card nur in der Zone Rostock

Die berechnete Inanspruchnahme ermäßigter Einzelfahrkarten durch Sozialhilfeempfänger und Empfänger von ALG-II ist durch den Warnow-Pass der Hansestadt Rostock mit dem Stempelaufdruck „SozT“ nachzuweisen.

Der Berechtigungsausweis wird nur über das Hanse-Jobcenter ausgegeben.

Fährfahrkarten zum Ermäßigungstarif gelten für

- Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr.

2.1.2 Fahrtunterbrechung

Einzelfahrkarten gelten zur einmaligen Fahrt in eine Richtung ohne Fahrtunterbrechung.

2.1.3 Geltungsbereich, Umsteigen

Einzelfahrkarten gelten zur einmaligen Fahrt innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

Für das Umsteigen zwischen den Verkehrsmitteln sind der kürzeste Weg und der nächstmögliche Anschluss zu nutzen. Rück- und Ringfahrten sind nicht zugelassen.

Die Zone des Fahrtantritts wird durch den Entwerteraufdruck ausgewiesen.

2.1.4 Fährfahrkarten

Fährfahrkarten gelten nur für eine einmalige Überfahrt mit den Fähren über die Warnow.

Sie sind vor Antritt der Fahrt mittels Entwerter von den Fahrgästen selbst zu entwerfen. Besteht keine Möglichkeit zum Entwerfen, so ist der Fahrausweis unverzüglich bei Fahrtantritt dem Personal zur Entwertung auszuhändigen.

Die vom Fährpersonal ausgegebenen Fährfahrkarten gelten nur für die anschließende Fährfahrt und sind bereits entwertet.

2.1.5 Einzelfahrkarten für eine Kurzstrecke

Als Kurzstrecke gilt

- **auf den Linien der RSAG**
 - eine Fahrt bis zu 4 Haltestellen nach Zustieg einschl. Umsteigen
 - die einmalige Durchfahrt durch den Warnowtunnel zwischen den Haltestellen Schmarl-Zentrum und Seehafen Fähre

Die Kurzstreckenfahrkarte gilt **nicht** auf der Linie 49 zwischen den Haltestellen Kröpeliner Tor und Dierkower Kreuz.

Alle Haltepunkte, die den Haltestellen Steintor und Parkstraße zugeordnet sind, gelten jeweils als eine Haltestelle.

- **auf den S-Bahn- und Regionallinien der DB**
 - eine Fahrt innerhalb der Zone Rostock zwischen zwei benachbarten Stationen.

In der Region sind Kurzstreckenfahrkarten **nicht** gültig.

- **auf den Linien von rebus**
 - eine Fahrt bis zu 2 Haltestellen nach Zustieg,
 - eine Fahrt bis zu 4 Haltestellen nach Zustieg zwischen
 - Reutershagen Markt und Ostseepark
 - ZOB und Globus
 - Dierkower Kreuz und HanseCenter
 - eine Fahrt innerhalb aller Haltestellen in geschlossenen Ortschaften, außer in den Stadtgebieten Güstrow und Bützow

2.2 Tageskarten

Es werden ausgegeben:

- Tageskarten zum Normaltarif
- Tageskarten zum Ermäßigungstarif
- Gruppen-Tageskarten

Tageskarten gelten für jeweils eine Person.

Gruppen-Tageskarten berechtigen zur gemeinsamen Fahrt von bis zu 5 Personen.

2.2.1 Ermäßigung

Tageskarten zum Ermäßigungstarif gelten für

- Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr.
- Sozialhilfeempfänger der Hansestadt Rostock nur in der Zone Rostock
- Empfänger von ALG-II der Hansestadt Rostock nur in der Zone Rostock
- Inhaber einer Rostocker Ehrenamts-Card nur in der Zone Rostock

Die berechtigte Inanspruchnahme ermäßigter Tageskarten durch Sozialhilfeempfänger und Empfänger von ALG-II ist durch den Warnow-Pass der Hansestadt Rostock mit dem Stempelaufdruck „SozT“ nachzuweisen.

Der Berechtigungsausweis wird nur über das Hanse-Jobcenter ausgegeben.

2.2.2 Geltungsdauer

Tageskarten und Gruppen-Tageskarten gelten vom Zeitpunkt der Entwertung bis 03:00 Uhr des Folgetages.

2.2.3 Geltungsbereich

Tageskarten und Gruppen-Tageskarten gelten zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

Die Zone des Fahrtantritts wird durch die Entwertung ausgewiesen.

2.3 Fahrausweise für Fahrräder

Es werden ausgegeben:

- Fahrradkarten (Zone Rostock, Güstrow/Bützow, Gesamtnetz VVW)
- Fahrradkarten Fähre
- Fahrrad-Tageskarten (Zone Rostock, Gesamtnetz VVW)
- Fahrrad-Monatskarten (Gesamtnetz VVW)

Für die Beförderung von Fahrrädern (dazu zählen auch fahrradähnliche Roller, Segways, Pedelecs/E-Bikes) gilt Teil I, § 12 Beförderung von Sachen. Fahrausweise für Fahrräder gelten nur in Verbindung mit einem VVW- Fahrausweis gemäß Teil II, Punkt 1.3, sowie in Verbindung mit einem Schwerbehindertenausweis mit Beiblatt und gültiger Wertmarke.

Jedes gemäß § 12 der gemeinsamen Beförderungsbedingungen mitgenommene Fahrrad ist beförderungsentgeltspflichtig.

Fahren mehrere Personen gemeinsam auf einem VVW-Fahrausweis, der zur Mitnahme eines Fahrrades berechtigt, so ist jedes weitere mitgenommene Fahrrad beförderungsentgeltspflichtig.

Die unentgeltliche Mitnahme von Fahrrädern wird in Teil II, Punkt 4.1 geregelt.

2.3.1 Geltungsbereich

Fahradkarten gelten im gemäß Fahrausweisaufdruck angegebenen Geltungsbereich ab Entwertung zur einmaligen Fahrt in eine Richtung ohne Fahrtunterbrechung. Für das Umsteigen zwischen den Verkehrsmitteln sind der kürzeste Weg und der nächstmögliche Anschluss zu nutzen. Rück- und Ringfahrten sind nicht zugelassen.

Fahradkarten und Fahrrad-Tageskarten mit Geltungsbereich Gesamtnetz VVW gelten auch im Molli.

Fahrrad-Monatskarten gelten **nicht** im Molli.

2.3.2 Geltungsdauer

Fahrrad-Tageskarten gelten ab dem Zeitpunkt der Entwertung bis 03:00 Uhr des Folgetages- und zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

Fahradkarten Fähre gelten nur für eine einmalige Überfahrt mit den Fähren über die Warnow.

Fahrrad-Monatskarten gelten einen Monat. Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden.

2.3.3 Besondere Regelung für die Mitnahme von Tandems

Tandems können gemäß Teil I, §12 (2) mitgenommen werden.

Dabei ist für jedes Tandem entweder eine Fahrradkarte oder Fahrrad-Tageskarte für den jeweils erforderlichen Geltungsbereich zu erwerben.

Dies gilt auch für Personen, die gemäß SGB IX, §§145,146 zum Einstellen eines Tandems in die Nahverkehrszüge der DB Regio bzw. in die S-Bahn-Züge berechtigt sind.

Die Mitnahme von Tandems des genannten Berechtigtenkreises erfolgt ausschließlich ab 9:00Uhr bis 03:00 Uhr des Folgetages.

2.4 Wochen- und Monatskarten zum Normaltarif

2.4.1 Persönliche Wochen- und Monatskarten

Es werden ausgegeben:

- Wochenkarten,
- Monatskarten (auch im Abonnement oder als Jahreskarte)

Wochen- und Monatskarten sind personengebunden und nicht übertragbar.

Sie können nur von der Person genutzt werden, deren Name, Vorname und Geburtsdatum auf dem Fahrausweis eingetragen ist. Die Eintragung der Angaben hat vor dem ersten Fahrtantritt mit Kugelschreiber oder Tintenstift (unauslöschlich) zu erfolgen.

Bei der Fahrausweisprüfung ist auf Verlangen neben dem Fahrausweis ein Lichtbildausweis zur Kontrolle der angegebenen Daten vorzuzeigen.

2.4.1.1 Geltungsdauer

Wochenkarten gelten 7 Tage.

Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag der Woche an ausgegeben werden. Die Geltungsdauer endet am letzten Geltungstag (24:00 Uhr) der Folgeweche.

Monatskarten gelten einen Monat. Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden. Beginnt die Geltungsdauer am ersten Tag eines Monats, erlischt sie mit Ablauf des letzten Tages des Monats. Beginnt sie an einem anderen Tag, endet sie am datumsmäßigen Vortag (24:00 Uhr) des Folgemonats.

Bei den am 30. und 31. Januar gelösten Karten erlischt die Geltungsdauer mit Ablauf des letzten Tages des Februars.

2.4.1.2 Geltungsbereich

Wochenkarten und Monatskarten gelten zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

2.4.2 Monatskarten plus

Es werden ausgegeben:

- Monatskarten *plus* (jeweils auch im Abonnement oder als Jahreskarte)

2.4.2.1 Geltungsdauer

Monatskarten *plus* gelten einen Monat.

Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden. Beginnt die Geltungsdauer am ersten Tag eines Monats, erlischt sie mit Ablauf des letzten Tages des Monats. Beginnt sie an einem anderen Tag, endet sie am datumsmäßigen Vortag (24:00 Uhr) des Folgemonats.

Bei den am 30. und 31. Januar gelösten Karten erlischt die Geltungsdauer mit Ablauf des letzten Tages des Februars.

2.4.2.2 Geltungsbereich

Monatskarten *plus* gelten zu beliebig vielen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

2.4.2.3 Zusatznutzen

Monatskarten *plus* enthalten folgende Zusatznutzen:

- Übertragbarkeit auf eine andere Person.
Sie dürfen jeweils nur von einer Person genutzt werden und sind dabei vom Benutzer mitzuführen.

Monatskarten *plus*, die den Geltungsbereich MBB (Molli) beinhalten, sind im Molli personengebunden. Für diesen Geltungsbereich ist eine Kundenkarte der MBB notwendig.

- unentgeltliche Mitnahme jeweils eines Fahrrades unter Beachtung GBB § 12 und eines Hundes unter Beachtung der GBB § 13
- unentgeltliche Mitnahme Montag bis Freitag von 19:00 bis 03:00 Uhr des Folgetages, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie am 24. und 31. Dezember bereits ab 00:00 Uhr von
 - * einem Erwachsenen und bis zu zwei Kindern bis zum vollendeten 15. Lebensjahr oder
 - * bis zu drei Kindern bis zum vollendeten 15. Lebensjahr

Für Monatskarten *plus*, die den Geltungsbereich MBB (Molli) beinhalten, gelten die Mitnahmeregelungen für Fahrrad/Hund und weitere Personen im Molli nicht.

2.4.3 Monatskarten + Bike

Es werden ausgegeben:

- Monatskarten + Bike (jeweils auch im Abonnement und als Jahreskarte)

Monatskarten + Bike sind persönliche Zeitkarten und damit nicht übertragbar.

Sie können nur von der Person genutzt werden, deren Name, Vorname und Geburtsdatum auf dem Fahrausweis eingetragen ist. Die Eintragung der Angaben hat vor dem ersten Fahrtantritt mit Kugelschreiber oder Tintenstift (unauslöschlich) zu erfolgen.

Bei der Fahrausweisprüfung ist auf Verlangen neben dem Fahrausweis ein Lichtbildausweis zur Kontrolle der angegebenen Daten vorzuzeigen.

2.4.3.1 Geltungsdauer

Monatskarten + Bike gelten einen Monat.

Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden. Beginnt die Geltungsdauer am ersten Tag eines Monats, erlischt sie mit Ablauf des letzten Tages des Monats. Beginnt sie an einem anderen Tag, endet sie am datumsmäßigen Vortag (24:00 Uhr) des Folgemonats. Bei den am 30. und 31. Januar gelösten Karten erlischt die Geltungsdauer mit Ablauf des letzten Tages des Februars.

2.4.3.2 Geltungsbereich

Monatskarten + Bike gelten zu beliebig vielen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

2.4.3.3 Zusatznutzen

Mit Monatskarten + Bike kann wahlweise ein Fahrrad unter Beachtung der GBB § 12 **oder** ein Hund unter Beachtung der GBB § 13 ganztägig unentgeltlich mitgenommen werden.

Für Monatskarten + Bike, die den Geltungsbereich MBB (Molli) beinhalten, gelten die Mitnahmeregelungen für Fahrrad oder Hund im Molli nicht.

2.4.4 Monatskarten + Family

Es werden ausgegeben:

- Monatskarten + Family (jeweils auch im Abonnement und als Jahreskarte)

2.4.4.1 Geltungsdauer

Monatskarten + Family gelten einen Monat.

Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden. Beginnt die Geltungsdauer am ersten Tag eines Monats, erlischt sie mit Ablauf des letzten Tages des Monats. Beginnt sie an einem anderen Tag, endet sie am datumsmäßigen Vortag (24:00 Uhr) des Folgemonats. Bei den am 30. und 31. Januar gelösten Karten erlischt die Geltungsdauer mit Ablauf des letzten Tages des Februars.

2.4.4.2 Geltungsbereich

Monatskarten + Family gelten zu beliebig vielen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

2.4.4.3 Zusatznutzen

Monatskarten + Family beinhalten folgende Zusatznutzen:

- Übertragbarkeit auf eine andere Person.
Sie dürfen jeweils nur von einer Person genutzt werden und sind dabei vom Benutzer mitzuführen.

Monatskarten + Family, die den Geltungsbereich MBB (Molli) beinhalten, sind im Molli personengebunden. Für diesen Geltungsbereich ist eine Kundenkarte der MBB notwendig.

- unentgeltliche Mitnahme Montag bis Freitag von 19:00 bis 03:00 Uhr des Folgetages, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen sowie am 24. und 31. Dezember bereits ab 00:00 Uhr von
 - * einem Erwachsenen und bis zu zwei Kindern bis zum vollendeten 15. Lebensjahr **oder**
 - * bis zu drei Kindern bis zum vollendeten 15. Lebensjahr

Für Monatskarten + Family, die den Geltungsbereich MBB (Molli) beinhalten, gelten die Mitnahmeregelungen für weitere Personen im Molli nicht.

2.5 Mobil60-Ticket

Es werden ausgegeben:

- Mobil60-Ticket
- Mobil60-Ticket + Bike

in Form eines Abonnements mit 12-monatiger Abbuchung oder als Jahreskarte mit einmaliger Bezahlung des Betrages bei Vertragsabschluss.

2.5.1 Berechtigte

Mobil60-Tickets sind persönliche und damit nicht übertragbare Monatskarten. Sie gelten nur für Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

Die Berechtigung ist mit einem Personaldokument (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.), aus dem das Alter hervorgeht, während der Fahrt nachzuweisen.

2.5.2 Geltungsdauer

Mobil60-Tickets gelten Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 3:00 Uhr des Folgetages, an Wochenenden und Feiertagen ganztägig. Die Gültigkeit innerhalb der Vertragslaufzeit beginnt jeweils mit dem Monatsersten und endet am Monatsletzten.

2.5.3 Geltungsbereich

Mobil60-Tickets gelten für beliebig viele Fahrten im Gesamtnetz VVW.

2.5.4 Mitnahmeregelung

Mobil60-Tickets+Bike berechtigen ganztägig zur unentgeltlichen Mitnahme eines Fahrrades unter Beachtung GBB § 12.

Anstelle eines Fahrrades kann unter Beachtung der GBB § 13 ein Hund unentgeltlich mitgenommen werden.

Im Molli gelten diese Mitnahmeregelungen nicht.

2.6 JobTicket

Für den Erwerb und die Nutzung des JobTickets gelten die Bedingungen für das JobTicket in der jeweils gültigen Fassung (s. Teil III).

2.7 Wochen- und Monatskarten zum Ermäßigungstarif

Es werden ausgegeben:

- Wochenkarten zum Ermäßigungstarif,
- Monatskarten zum Ermäßigungstarif (jeweils auch im Abonnement und als Jahreskarte),
- Monatskarten+Bike zum Ermäßigungstarif (Zone Rostock) (jeweils auch im Abonnement und als Jahreskarte).

Ermäßigte Wochen-, Monats- und Monatskarten+Bike sind persönliche Zeitkarten und damit nicht übertragbar. Sie können nur von der Person genutzt werden, deren Name, Vorname und Geburtsdatum auf dem Fahrausweis eingetragen ist. Die Eintragung der Angaben hat vor dem ersten Fahrtantritt mit Kugelschreiber oder Tintenstift (unauslöschlich) zu erfolgen.

Bei der Fahrausweisprüfung ist auf Verlangen neben dem Fahrausweis ein Lichtbildausweis zur Kontrolle der angegebenen Daten vorzuzeigen.

2.7.1 Berechtigte

Ermäßigte Wochen-, Monats- und Monatskarten+Bike gelten

- a) für Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr,
- b) ab dem vollendeten 15. Lebensjahr für

- (1) Schüler und Direktstudenten öffentlicher, staatlich genehmigter oder staatlich anerkannter privater
- allgemeinbildender Schulen,
 - berufsbildender Schulen,
 - Einrichtungen des zweiten Bildungsweges,
 - Hochschulen, Akademien mit Ausnahme der Verwaltungsakademien, Volkshochschulen und Landvolkshochschulen;
- (2) Personen, die private Schulen (Ersatzschulen, Ergänzungsschulen) oder sonstige Bildungseinrichtungen, die nicht unter (1) fallen, besuchen, sofern sie auf Grund des Besuchs dieser Schulen oder Bildungseinrichtungen von der Berufsschulpflicht befreit sind oder sofern der Besuch dieser Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz förderungsfähig ist;
- (3) Personen, die an einer Volkshochschule oder einer anderen Einrichtung der Weiterbildung Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschul- oder Realschulabschlusses besuchen;
- (4) Personen, die in einem Berufsausbildungsverhältnis im Sinne des Berufsbildungsgesetzes oder in einem anderen Vertragsverhältnis im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes stehen, sowie Personen, die in einer Einrichtung außerhalb der betrieblichen Berufsausbildung im Sinne des § 43 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes, § 36 Abs 2 der Handwerksordnung, ausgebildet werden;
- (5) Personen, die einen staatlich anerkannten Berufsvorbereitungslehrgang bzw. Berufsausbildungsvorbereitungslehrgang besuchen;
- (6) Praktikanten und Volontäre, sofern die Ableistung eines Praktikums oder Volontariats vor, während und im Anschluss an eine staatlich geregelte Ausbildung oder ein Studium an einer Hochschule nach den für Ausbildung und Studium geltenden Bestimmungen vorgesehen ist;
- (7) Anwärter und Anwärterinnen im Vorbereitungsdienst der Laufbahngruppe 1 sowie Praktikanten und Personen, die durch den Besuch eines Verwaltungslehrganges die Qualifikation für die Zulassung als Beamtenanwärter der Laufbahngruppe 1 erst erwerben müssen, sofern sie keinen Fahrkostenersatz von der Verwaltung erhalten;
- (8) Teilnehmer an einem freiwilligen sozialen Jahr oder an einem freiwilligen ökologischen Jahr oder vergleichbaren sozialen Diensten (z. B. Bundesfreiwilligendienst).

Voraussetzung für die Nutzung einer Zeitkarte des Ausbildungsverkehrs ist, dass die Ausbildung nicht neben einer beruflichen Tätigkeit erfolgt. Hierunter fällt auch, wenn eine Freistellung im Rahmen des Arbeits- oder Dienstverhältnisses erfolgt, bei der das Einkommen weitergezahlt wird.

Personen, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz gefördert werden, weil sie an Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen teilnehmen, sind keine Auszubildenden im Sinne dieser Tarifbestimmungen, wenn sie von dort Fahrkostenersatz erhalten.

Berufstätige, Berufspraktikanten und Auszubildende, die Unterhaltsgeld nach dem Sozialgesetzbuch, Band III (SGB III) beziehen, sowie Personen, die sich in einem Referendariat befinden, erhalten keine ermäßigten Wochen- und Monatskarten. Dies gilt auch für Personen, die Lehrgänge, Nachhilfekurse oder Sprachschulen besuchen.

2.7.2 Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung ermäßigter Wochen-, Monats- und Monatskarten +Bike ist ab dem vollendeten 15. Lebensjahr durch den Berechtigungsausweis des VVW nachzuweisen.

Der Berechtigungsausweis wird nur an den Ausgabestellen der Verkehrsunternehmen –RSAG (Kundenzentren), rebus (ZOB Rostock, Kundenzentrum Güstrow und Busbetriebshof Teterow), MBB (Fahrkartenschalter)– ausgegeben. Dazu ist an diesen Stellen ein aktueller Nachweis (nicht älter als 4 Wochen nach Ausstellungsdatum) des Ausbildungsverhältnisses zu erbringen, z. B. durch eine Schulbescheinigung, eine Schülerfahrkarte des Landkreises oder einen Studentenausweis o. ä. Bei einer beruflichen Ausbildung ist für die Erstaussstellung der Lehrvertrag vorzulegen, für die Verlängerung eine aktuelle Schul- oder Ausbildungsbestätigung. Bei Nachweisen ohne Lichtbild ist der Personalausweis oder ein anderer Lichtbildausweis vorzulegen, um die Übereinstimmung zwischen Einreicher und Nutzer prüfen zu können. Für die Ausstellung des Ausweises ist ein aktuelles Lichtbild abzugeben. Die Ausstellung eines Berechtigungsausweises kann auch bei jedem Busfahrer (außer RSAG) oder Zugbegleiter eines Verbundunternehmens beantragt werden. Dazu sind neben einem frankierten, adressierten und unverschlossenen Rückumschlag die Kopie des Ausbildungsnachweises sowie ein Lichtbild einzureichen. Bei Nachweisen ohne Lichtbild ist die Kopie des Personalausweises oder eines anderen Lichtbildausweises beizufügen. Der ausgefertigte Berechtigungsausweis sowie die Kopien der Nachweise werden an den Empfänger innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang zurückgeschickt. Die Ermäßigungsberechtigung gilt entsprechend dem vorgelegten Nachweis, längstens jedoch für ein Schul- oder Lehrjahr bzw. für ein Semester. Die Verlängerung der Berechtigung kann frühestens 8 Wochen vor Ablauf der vorhergehenden Bestätigung und nur in einer Ausgabestelle erfolgen.

2.7.3 Geltungsdauer

Wochenkarten zum Ermäßigungstarif gelten von Montag 00:00 Uhr bis Sonntag 24:00 Uhr. Der letzte Geltungstag ist auch dann der Sonntag, wenn der 1. Geltungstag kein Montag ist.

Ermäßigte Monats- und Monatskarten + Bike gelten für den eingetragenen Kalendermonat.

2.7.4 Geltungsbereich

Ermäßigte Wochen-, Monats- und Monatskarten + Bike gelten zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb des auf dem Fahrausweis angegebenen Geltungsbereiches.

2.7.5 Mitnahmeregelung

Ermäßigte Monatskarten + Bike berechtigen ganztägig zur unentgeltlichen Mitnahme jeweils eines Fahrrades unter Beachtung der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen § 12.

2.8 VorschulTicket

Das VorschulTicket ist eine persönliche Zeitkarte und damit nicht übertragbar. Es kann nur von der Person genutzt werden, deren Name, Vorname und Geburtsdatum auf dem Fahrausweis eingetragen ist. Die Eintragung der Angaben erfolgt bei Ausgabe des Fahrausweises in den Kundenzentren der RSAG.

Bei der Fahrausweisprüfung ist auf Verlangen neben dem Fahrausweis der Berechtigungsausweis VVW vorzuzeigen.

2.8.1 Berechtigte

Das VorschulTicket wird als Monatskarte ausgegeben. Berechtigt sind Kinder, die das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben, aber noch nicht zum Erwerb eines SchülerTickets Rostock (kein Schulbesuch) berechtigt sind (s. Teil III).

2.8.2 Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung des VorschulTickets ist durch den Berechtigungsausweis des VVW nachzuweisen. Der Berechtigungsausweis wird gegen Vorlage eines Personaldokuments

(Geburtsurkunde, Reisepass o. ä.), aus dem das Alter des Kindes hervorgeht, eines Nachweises, dass das Kind noch keine Schule besucht, sowie eines Lichtbildes in den Kundenzentren der RSAG ausgestellt. Die Berechtigung wird befristet bis zu dem Einschulungstermin, der auf den 6. Geburtstag folgt.
Der Berechtigungsausweis ist während der Fahrt mitzuführen und bei Kontrollen vorzuzeigen.

2.8.3 Geltungsdauer

Das VorschulTicket gilt für den eingetragenen einen Kalendermonat, längstens bis einschließlich dem Monat zum Tag der Einschulung.

2.8.4 Geltungsbereich

Das VorschulTicket gilt für beliebig viele Fahrten in der Tarifzone Rostock und nur in der 2. Wagenklasse.

2.9 SchülerTicket

Für den Erwerb und die Nutzung des SchülerTickets gelten die Bedingungen für das SchülerTicket Rostock in der jeweils gültigen Fassung (s. Teil III).

2.10 KRASS-FreizeitTicket

KRASS-FreizeitTickets sind persönliche Zeitkarten und damit nicht übertragbar. Sie können nur von der Person genutzt werden, deren Name, Vorname und Geburtsdatum auf dem Fahrausweis eingetragen ist. Die Eintragung der Angaben hat vor dem ersten Fahrtantritt mit Kugelschreiber oder Tintenstift (unauslöschlich) zu erfolgen.

2.10.1 Berechtigte

KRASS-FreizeitTickets gelten für alle Schüler (bis einschl. Klasse 13) von Grund-, Haupt-, Gesamt-, Real- und Förderschulen, Gymnasien und gleichgestellten Privatschulen, Vollzeitschüler von Fachgymnasien und Fachoberschulen mit Wohnort im Landkreis Rostock. Die Berechtigung gilt längstens bis zum 20. Geburtstag.

2.10.2 Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung des KRASS-FreizeitTickets ist durch den Berechtigungsausweis des VVW nachzuweisen.

Der Berechtigungsausweis wird nur an den Ausgabestellen der Verkehrsunternehmen – RSAG (Kundenzentren), rebus (ZOB Rostock, Kundenzentrum Güstrow und Busbetriebshof Teterow), MBB (Fahrkartenschalter) – ausgegeben. Dazu ist an diesen Stellen ein aktueller Nachweis zu erbringen, z. B. durch eine Schulbescheinigung mit Wohnanschrift, eine Schülerzeitfahrkarte des Landkreises Rostock, einen Kinder- oder Personalausweis oder einen anderen Ausweis, aus dem der Wohnort eindeutig hervorgeht. Für die Ausstellung des Ausweises ist ein aktuelles Lichtbild abzugeben und durch einen Lichtbildausweis das Alter nachzuweisen. Die Ausstellung eines Berechtigungsausweises kann auch bei jedem Busfahrer (außer RSAG) oder Zugbegleiter eines Verbundunternehmens beantragt werden. Dazu sind neben einem frankierten, adressierten und unverschlossenen Rückumschlag die Schulbescheinigung sowie ein Lichtbild einzureichen. Bei Nachweisen ohne Lichtbild ist die Kopie des Personalausweises oder eines anderen Lichtbildausweises beizufügen. Der ausgefertigte Berechtigungsausweis sowie die Kopien der Nachweise werden an den Empfänger innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang zurückgeschickt.

Die Ermäßigungsberechtigung gilt entsprechend dem vorgelegten Nachweis, längstens jedoch für ein Schuljahr.

Die Verlängerung der Berechtigung kann frühestens 8 Wochen vor Ablauf der vorhergehenden Bestätigung und nur in einer Ausgabestelle erfolgen.

2.10.3 Geltungsdauer

KRASS-FreizeitTickets werden mit Gültigkeit für einen Monat ausgegeben. Sie können mit Gültigkeit von jedem Tag an ausgegeben werden. Beginnt die Geltungsdauer am ersten Tag eines Monats, erlischt sie mit Ablauf des letzten Tages des Monats. Beginnt sie an einem anderen Tag, endet sie am datumsmäßigen Vortag (24:00 Uhr) des Folgemonats.

Innerhalb dieses Zeitraumes gelten die Tickets

- Mo – Fr ab 13:00 Uhr bis 3:00 Uhr des Folgetages
- an Wochenenden und Feiertagen ganztägig
- an gesetzlichen Ferientagen Mecklenburg-Vorpommerns ganztägig

2.10.4 Geltungsbereich

KRASS-FreizeitTickets gelten zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb des Gesamtnetzes VVW. Für Fahrten mit den Nahverkehrszügen der DB Regio AG gelten die Tickets nur in der 2. Wagenklasse.

2.10.5 Mitnahmeregelung

Die Mitnahme eines Fahrrades und/oder weiterer Personen ist ausgeschlossen.

2.10.6 Ausgabe des Tickets

KRASS-FreizeitTickets werden ausgegeben

- in allen Verkaufsstellen, Kunden- und Reisezentren der Verbundunternehmen*1
- an den stationären Automaten der RSAG und der DB*1
- durch die Personale in den Bussen von rebus und in den Zügen der DB*1

)*1 Bei der DB erhältlich ab dem 01.10.2018.“

2.11 SemesterTicket

Als Fahrausweis gelten die Studierendenausweise

- der Universität Rostock mit dem Aufdruck „VVW“ und der Angabe des gültigen Semesters
- der Hochschule für Musik und Theater Rostock (HMT) mit dem Stempelaufdruck „SemesterTicket“
- der Hochschule Wismar, Bereich Seefahrt Warnemünde, mit dem Aufdruck „SemesterTicket HRO“
- der Europäischen Fachhochschule (EuFH) mit dem Aufdruck „SemesterTicket (Zone Rostock)“ sowie Logo des VVW.
- der Fachhochschule Mittelstand (FHM) mit dem Aufdruck „SemesterTicket Rostock“ sowie dem Logo des VVW

2.11.1 Berechtigte

Das SemesterTicket gilt für alle eingeschriebenen Studenten.

Es ist nicht übertragbar und gestattet keine Mitnahme weiterer Personen und/oder eines Hundes.

Kein SemesterTicket erhalten:

- Fernstudenten,
- Schwerbehinderte Menschen, die nach dem Schwerbehindertengesetz Anspruch auf unentgeltliche Beförderung haben und im Besitz eines entsprechenden Nachweises sind,
- nachweislich beurlaubte Studierende,
- Studierende, die sich während des Semesters nachweislich außerhalb des Bereiches Rostock aufhalten.

2.11.2 Fahrradmitnahme

Das SemesterTicket berechtigt Studierende der Universität Rostock und der HMT zur unentgeltlichen Mitnahme eines Fahrrades, wenn die Beschaffenheit und die Besetzung des Fahrzeugs dies zulassen.

Studierende der Hochschule Wismar, Bereich Seefahrt, der EuFH und der FHM können nur gegen Lösen einer Semester-Fahrradkarte ein Fahrrad mitnehmen. Die Semester-Fahrradkarte wird in Kundenzentren der RSAG ausgegeben und gilt nur in Verbindung mit dem gültigen Studierendenausweis.

2.11.3 Geltungsdauer

Das SemesterTicket gilt jeweils für den Zeitraum des Wintersemesters bzw. des Sommersemesters.

2.11.4 Geltungsbereich

Das SemesterTicket gilt nur in der Zone Rostock. Es ist nur in der 2. Wagenklasse gültig.

2.11.5 Beitrag

Die VVW GmbH erhält je SemesterTicket und Semester einen Beitrag in vertraglich festgelegter Höhe.

Eine Nichtinanspruchnahme begründet keinen Anspruch auf Erstattung.

2.12 Übergangskarten zur Benutzung der 1. Wagenklasse in Zügen des Nahverkehrs

Es werden ausgegeben:

- Einzel-Übergangskarten Normaltarif
- Einzel-Übergangskarten Ermäßigungstarif
- Wochen-Übergangskarten Normaltarif
- Monats-Übergangskarten Normaltarif
- Jahres-Übergangskarten Normaltarif

Übergangskarten gelten nur in Verbindung mit einem gültigen Fahrausweis. Ihr Preis ist unabhängig von der Anzahl der Zonen, für die der Fahrausweis gilt, zu dem sie benutzt werden.

2.12.1 Benutzung von Übergangskarten, Entwerten

Für die einmalige Benutzung der 1. Wagenklasse kann zu Einzel-, Tages-, Gruppen-Tages-, Wochen- und Monatskarten zum Normaltarif sowie zu den Sonderangeboten für jede Person eine Einzel-Übergangskarte gelöst werden.

Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr sind berechtigt, ermäßigte Einzel-Übergangskarten zu lösen.

Die Einzel-Übergangskarten sind gemäß 1.6 zu entwerten.

Zu Wochen- und Monatskarten Normaltarif sowie Mobil60-Ticket (jeweils auch im Abonnement oder als Jahreskarte) können Wochen-, Monats- oder Jahres-Übergangskarten gelöst werden.

2.12.2 Geltungsdauer

Einzel-Übergangskartengelten nur zur einmaligen Fahrt innerhalb der Geltungsdauer des zugehörigen Fahrausweises.

Wochen- und Monats-Übergangskarten haben eine Geltungsdauer gemäß 2.4.1.1.

Die Geltungsdauer von Jahres-Übergangskarten beträgt 12 Monate und beginnt mit dem Ersten des als Startmonat gewählten Kalendermonats.

2.12.3 Ausgabe der Karten

Einzel-, Wochen- und Monats-Übergangskarten können an allen Fahrausweisverkaufsstellen und -automaten der DB AG sowie in den Zügen des Nahverkehrs erworben werden. Jahres-Übergangskarten sind nur in DB-Reisezentren bzw. bei DB-Agenturen erhältlich.

2.13 FlughafenTicket

Es werden ausgegeben:

- FlughafenTicket Normaltarif - Einzelfahrkarte,
- FlughafenTicket Ermäßigungstarif - Einzelfahrkarte,
- FlughafenTicket – Familienkarte (Einzelfahrt)

2.13.1 Berechtigte

FlughafenTickets gelten für jeweils eine Person.

Ermäßigte FlughafenTickets gelten nur für Kinder vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 15. Lebensjahr.

Die Familienkarte gilt für 5 Personen (2 Erwachsene + 3 Kinder bis 15. Geburtstag).

2.13.2 Geltungsdauer, Entwerten

FlughafenTickets werden für den jeweiligen, durch den Fahrgast bestimmten Geltungstag ausgegeben.

Sie sind nur an dem angegebenen Tag gültig und müssen bei Antritt der Fahrt entwertet werden.

2.13.3 Geltungsbereich/Umsteigen

FlughafenTickets gelten zur einmaligen Fahrt zwischen einem Abgangsort im VVW-Verkehrsgebiet bis zum Flughafen Laage oder umgekehrt.

Für das Umsteigen zwischen den Verkehrsmitteln sind der kürzeste Weg und der nächstmögliche Anschluss zu nutzen. Rück- und Ringfahrten sind nicht zugelassen.

Auf der Flughafen-Linie 127 haben ausschließlich FlughafenTickets Gültigkeit.

2.13.4 Ausgabe der Karten

FlughafenTickets werden ausgegeben

- in den Bussen und in den Kundenzentren (Rostock ZOB, Güstrow Bf) von rebus,
- an den Automaten, in den Kundenzentren der RSAG,
- an den Automaten und durch die Zugpersonale der DB Regio AG sowie
- in den Reisezentren der DB.

2.14 Sonderangebote

Zu Sonder- und Großveranstaltungen können tarifliche Sonderangebote (KombiTickets oder Sonderfahrausweise) mit zeitlich begrenzter Geltungsdauer und/oder begrenztem Geltungsbereich angeboten werden. Voraussetzung ist, dass sich durch eine solche Tarifmaßnahme die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsunternehmen nicht verschlechtert. Ermäßigungsumfang und Verkaufsbedingungen werden jeweils besonders bekannt gegeben. Die VVW GmbH handelt dabei im Namen und für Rechnung der Verbundunternehmen.

KombiTickets sind Eintrittskarten, Theaterkassenbons, Einladungen, Hotelausweise oder Teilnehmerausweise mit Fahrtberechtigung. Die zeitliche und örtliche Gültigkeit ergibt sich aus einem besonderen Aufdruck auf dem KombiTicket bzw. aus hierzu ergehenden Bekanntmachungen.

Kooperationen sind Vereinbarungen der am Tarif beteiligten Verkehrsunternehmen mit Reiseveranstaltern oder Flug-, Bahn- und Busbeförderern des Fernreiseverkehrs, bei denen das Beförderungsdokument zur Fahrt im Tarifgebiet berechtigt. Die zeitliche und örtliche Gültigkeit ergibt sich aus einem besonderen Aufdruck auf dem Ticket bzw. aus hierzu ergehenden Bekanntmachungen.

Diese Fahrtberechtigungen gelten im Eisenbahn-Regionalverkehr in der 2. Wagenklasse.

Die Kalkulation von Fahrpreisanteilen zu KombiTicket-Verträgen erfolgt gemäß der in **Anlage 2** dargestellten vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ermittelten Formel zur Kalkulation von KombiTickets.

2.14.1 HotelTicket

Die VVW GmbH kann mit Hotels und anderen Beherbergungsbetrieben Vereinbarungen abschließen, bei denen die ausgegebenen Zimmerausweise zur unentgeltlichen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel berechtigen.

Die Zimmerausweise tragen einen Fahrausweisaufdruck.

2.14.1.1 Geltungsdauer

Die Zimmerausweise berechtigen zu beliebig häufigen Fahrten innerhalb der eingetragenen Aufenthaltsdauer.

2.14.1.2 Geltungsbereich

Die Zimmerausweise gelten für Fahrten in der Zone Rostock. Sie gelten auch in der 1. Wagenklasse.

2.14.1.3 Fahrpreisanteil

Die VVW GmbH erhält für die Nutzung der Verkehrsmittel einen Fahrpreisanteil in der vertraglich festgelegten Höhe je ausgegebenen Zimmerausweis. Eine Nichtausnutzung begründet keinen Anspruch auf Fahrpreiserstattung.

2.14.2 TheaterTicket

Die durch das Volkstheater Rostock (VTR) ausgegebenen Eintrittskarten berechtigen zur unentgeltlichen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Die Eintrittskarten tragen einen Fahrtberechtigungsaufdruck.

2.14.2.1 Geltungsdauer

Die Eintrittskarten berechtigen zu Fahrten innerhalb folgender Zeiten:

- für Vor- und Nachmittagsvorstellungen von 3 Stunden vor bis 5 Stunden nach Vorstellungsbeginn
- für Abendvorstellungen (Beginn 18:00 Uhr und später) von 3 Stunden vor Vorstellungsbeginn bis 3:00 Uhr des Folgetages.

2.14.2.2 Geltungsbereich

Die Eintrittskarten gelten für Fahrten in der Zone Rostock. Sie sind nur in der 2. Wagenklasse gültig.

2.14.2.3 Fahrpreisanteil

Die VVW GmbH erhält für die Nutzung der Verkehrsmittel einen Fahrpreisanteil in der vertraglich festgelegten Höhe je ausgegebener Eintrittskarte.
Eine Nichtausnutzung begründet keinen Anspruch auf Fahrpreiserstattung.

2.14.3 ParkTicket

Pkw-Parkscheine ausgewählter Parkplätze mit einer Parkdauer ab 3 Stunden gelten als Fahrausweis.

Die Parkscheine erhalten einen Fahrtberechtigungsvermerk.

2.14.3.1 Berechtigte

Parkscheine berechtigen jeweils 5 Personen zur gemeinsamen Fahrt.

2.14.3.2 Geltungsdauer

Die Parkscheine berechtigen zu beliebig vielen Fahrten an dem auf dem Parkschein angegebenen Tag und innerhalb der angegebenen Parkdauer.

2.14.3.3 Geltungsbereich

Die Parkscheine gelten auf den Linien 36 und 37 der RSAG auf dem Streckenabschnitt zwischen Warnemünde Werft und Diedrichshagen bzw. in der Gegenrichtung.

Ein Umsteigen mit dem Parkschein auf andere Linien oder Verkehrsmittel ist ausgeschlossen.

2.14.3.4 Fahrpreisanteil

Die VVW GmbH erhält je ausgegebenen Parkschein einen Fahrpreisanteil in der vertraglich festgelegten Höhe.

Eine Nichtinanspruchnahme begründet keinen Anspruch auf Fahrpreiserstattung.

2.14.4 CityTicket

In den DB-Fahrkarten der Ticketkategorien Sparpreis, Flexpreis und Business Flex sowie in der BahnCard 100 ist die City-Option eingebunden.

DB-Fahrkarten mit dem Aufdruck „Rostock+City“ (City-Ticket) berechtigen zur Nutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel in der Zone Rostock.

2.14.4.1 Geltungsdauer

Das CityTicket gilt für eine Fahrt zum Startbahnhof oder bei Ankunft am Zielbahnhof für eine Fahrt in Richtung endgültiges Fahrtziel. Sie gilt zur Fahrt (im Sinne einer Einzelfahrt) zum Startbahnhof bzw. bei Ankunft am Zielbahnhof am aufgedruckten Geltungstag; bei Fahrtunterbrechung am Datum des letzten Zangenabdrucks auf der Fahrkarte bis 3:00 Uhr des Folgetages.

Bei der Rückfahrt gelten sie zusätzlich am aufgedruckten Rückfahrtsdatum für eine Fahrt in Richtung Bahnhof.

2.14.4.2 Geltungsbereich

Das CityTicket gilt nur am Start- oder Zielort Rostock in der Zone Rostock.

2.14.4.3 Ticket

Das CityTicket ist dadurch kenntlich, dass der Ziel- und/oder Abgangsort im Fernverkehrsfahrschein zusätzlich mit dem Aufdruck „+ City“ gekennzeichnet ist. Die BahnCard 100 trägt den Aufdruck „+ City“.

2.14.4.4 Fahrpreisanteil

Die VVW GmbH erhält für die Nutzung der Verkehrsmittel einen Fahrpreisanteil in der vertraglich festgelegten Höhe je verkauftes CityTicket mit Ziel Rostock.

Eine Nichtausnutzung begründet keinen Anspruch auf Fahrpreiserstattung.

2.14.5 RostockCards

RostockCards berechtigen neben der Inanspruchnahme von Vergünstigungen (z. B. ermäßigte Eintrittspreise) zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Die Cards werden in touristischen Einrichtungen, Kundenzentren der Verkehrsunternehmen in Rostock und über stationäre Automaten der RSAG und DB ausgegeben.

RostockCards werden als RostockCard und RostockCard+Region ausgegeben.

2.14.5.1 Geltungsdauer

Die RostockCard und die RostockCard+Region gelten jeweils für 24 h und für 48 h. Der Beginn der Geltungsdauer ist vom Inhaber mit Datum und Uhrzeit auf der Karte einzutragen.

Auf den an den Automaten der DB ausgegebenen Karten beginnt die Geltungsdauer ab dem aufgedruckten Datum und der aufgedruckten Uhrzeit.

2.14.5.2 Geltungsbereich

Die RostockCard gilt für beliebig viele Fahrten in der Zone Rostock, die RostockCard+Region gilt im Gesamtnetz VVW. Die Cards gelten jeweils nur in der 2. Wagenklasse.

Die Nutzung der RostockCard+Region für Fahrten mit dem Molli ist ausgeschlossen.

2.14.5.3 Fahrpreisanteil

Die VVW GmbH erhält für die Nutzung der Verkehrsmittel einen Fahrpreisanteil in der vertraglich festgelegten Höhe je ausgegebene RostockCard und RostockCard+Region.

Eine Nichtausnutzung der Fahrtberechtigung begründet keinen Anspruch auf Erstattung.

3 Schwerbehinderte Menschen

Die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr richtet sich nach § 145 (1) Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) in der jeweils gültigen Fassung.

Zur unentgeltlichen Beförderung berechtigen Schwerbehindertenausweise (grün/halbseitig orange), die mit einem **Beiblatt mit gültiger Wertmarke** versehen sind, in allen öffentlichen Verkehrsmitteln innerhalb des Verbundgebietes. Dies schließt den Molli und die Züge ein, die auch mit einem Verbundfahrausweis genutzt werden können.

Trägt der Schwerbehindertenausweis den Vermerk „Die Berechtigung zur Mitnahme einer Begleitperson ist nachgewiesen“ und das Merkzeichen „**B**“, werden eine Begleitperson und ein Hund unentgeltlich befördert. Hunde, die einen schwerbehinderten Menschen (Ausweis mit Kennzeichen „B“) begleiten, müssen keinen Maulkorb tragen. Das gilt auch, wenn kein Beiblatt mit gültiger Wertmarke zum Schwerbehindertenausweis vorhanden ist.

Für die unentgeltliche Mitnahme eines Führhundes muss der Schwerbehindertenausweis auf der Rückseite das Merkzeichen „**BI**“ tragen.

Für schwerbehinderte Menschen, die im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises (grün/halbseitig orange) oder eines gültigen Fahrausweises sind, ist die Mitnahme von Gepäck, Krankenfahrstühlen und sonstigen orthopädischen Hilfsmitteln unentgeltlich. Orthopädische Hilfsmittel gemäß Bundesversorgungsgesetz sind neben verschiedenen Formen von Krankenfahrstühlen auch Gehhilfen (Unterarmstützen, Gehbänckchen, Rollatoren) sowie besondere Fahrräder (Behindertenfahrräder oder -dreiräder, die speziell für schwerbehinderte Menschen hergestellt worden sind).

In den Zügen des Nahverkehrs der DB wird für schwerbehinderte Menschen die Mitnahme von Tandems gegen Zahlung des tarifmäßigen Entgeltes zugelassen (siehe 0).

4 Mitnahme von Sachen und Tieren

4.1 Sachen

Die Mitnahme von Handgepäck erfolgt unentgeltlich.

Neben Handgepäck darf der Fahrgast ein Stück Traglast mit sich führen. Traglasten sind Gegenstände, die – ohne Handgepäck zu sein – von einer Person getragen werden können. Für alle anderen *Sachen* ist eine ermäßigte Einzelfahr- bzw. Tageskarte zu lösen.

Fahrräder (dazu zählen auch fahrradähnliche Roller), Segways, Pedelects können jeweils zum Preis einer Fahrradkarte oder Fahrrad-Tageskarte für den entsprechenden Geltungsbereich in den Verkehrsmitteln unter Beachtung der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen § 12 mitgenommen werden.

Mit Monatskarten *plus* (jeweils auch als Abonnement und Jahreskarte), Monatskarten+Bike, ermäßigten Monatskarten+Bike, und Mobil60-Ticket+Bike kann ein Fahrrad unentgeltlich mitgenommen werden.

Zur unentgeltlichen Mitnahme eines Fahrrades berechtigen ebenso das SchülerTicket+Bike und das SemesterTicket (gemäß 2.11.2) in ihren tarifmäßigen Geltungsbereichen.

Darüber hinaus können unentgeltlich mitgenommen werden:

- Kinderwagen, Fahrradanhänger oder Handwagen, in denen Kinder befördert werden
- Krankenfahrstühle und sonstige orthopädische Hilfsmittel.

4.2 Tiere

Für die Mitnahme von Hunden sowie sonstigen Tieren in geeigneten Behältnissen gemäß § 13 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen ist der Preis für eine ermäßigte Einzel- oder Tagesfahrkarte für den entsprechenden Geltungsbereich zu entrichten.

Mit Monatskarten *plus* (jeweils auch in den Ausgabeformen als Abonnement und Jahreskarte) kann ein Hund kostenfrei mitgenommen werden. Auf Monatskarten+Bike (jeweils auch als Abonnement und Jahreskarte) und Mobil60-Tickets+Bike kann anstelle eines Fahrrades ein Hund kostenfrei mitgenommen werden.

Unentgeltlich können mitgenommen werden:

- kleine Hunde (bis zur Größe einer Hauskatze), die keinen zusätzlichen Platz beanspruchen
- kleine Tiere in geeigneten Behältnissen, die keinen zusätzlichen Platz beanspruchen
- Blindenführhunde, die einen Blinden begleiten
- Hunde schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB IX).

5 Beförderung von Polizisten in Uniform

Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern werden – mit Ausnahme der 1. Wagenklasse – unentgeltlich befördert, soweit sie während der Fahrt entsprechend ihren Dienstvorschriften uniformiert sind. Als Fahrtberechtigung gilt der Dienstausweis.

Verzeichnis der Anlagen

- Anlage 1** Beförderungsentgelte
- Anlage 2** Kalkulation des Fahrpreisanzeils von KombiTickets

Anlage 1 – Beförderungsentgelte

Fahrkartenart	Geltungsbereich	Preis in €
Einzelfahrkarte	Kurzstrecke	1,50
	Zone Rostock	2,10
	Stadttarif Güstrow/Bützow	1,50
	1 Zone	2,00
	2 Zonen	3,00
	3 Zonen	3,90
	4 Zonen	4,60
	5 Zonen	5,30
	6 Zonen	6,00
	7 Zonen	6,60
	Gesamtnetz VVW	7,10
Einzelfahrkarte ermäßigt	Zone Rostock	1,50
	Stadttarif Güstrow/Bützow	1,10
	1 Zone	1,40
	2 Zonen	2,10
	3 Zonen	2,80
	4 Zonen	3,30
	5 Zonen	3,70
	6 Zonen	4,20
	7 Zonen	4,60
		Gesamtnetz VVW
Fährfahrkarte		1,40
Fährfahrkarte ermäßigt		0,90
Fahrradkarte	Fähre	1,10
	Zone Rostock	1,60
	Stadttarif Güstrow/Bützow	1,30
	Gesamtnetz VVW	3,50
Fahrrad-Tageskarte	Zone Rostock	3,50
	Gesamtnetz VVW	6,00
Fahrrad-Monatskarte	Gesamtnetz VVW	20,00
Tageskarte	Zone Rostock	5,20
	Stadttarif Güstrow/Bützow	3,70
	1 Zone	4,20
	2 Zonen	6,30
	3 Zonen	8,20
	4 Zonen	9,60
	5 Zonen	10,90
	6 Zonen	12,20
	7 Zonen	13,50
	Gesamtnetz VVW	14,60

Anlage 1

Fahrkartenart	Geltungsbereich	Preis in €
Tageskarte ermäßigt	Zone Rostock	3,60
	Stadttarif Güstrow/Bützow	2,60
	1 Zone	2,90
	2 Zonen	4,40
	3 Zonen	5,70
	4 Zonen	6,70
	5 Zonen	7,60
	6 Zonen	8,50
	7 Zonen	9,40
	Gesamtnetz VVW	10,30
Gruppen-Tageskarte	Zone Rostock	15,70
	Stadttarif Güstrow/Bützow	11,00
	1 Zone	12,60
	2 Zonen	18,90
	3 Zonen	24,60
	4 Zonen	28,80
	5 Zonen	32,70
	6 Zonen	36,60
	7 Zonen	40,50
	Gesamtnetz VVW	43,80
Wochenkarte	Zone Rostock	18,50
	Stadttarif Güstrow/Bützow	13,50
	1 Zone	14,20
	2 Zonen	20,50
	3 Zonen	24,70
	4 Zonen	28,00
	5 Zonen	31,30
	6 Zonen	34,60
	7 Zonen	37,90
	Gesamtnetz VVW	40,50
Wochenkarte ermäßigt	Zone Rostock	14,50
	Stadttarif Güstrow/Bützow	10,50
	1 Zone	10,70
	2 Zonen	15,40
	3 Zonen	18,50
	4 Zonen	21,00
	5 Zonen	23,50
	6 Zonen	26,00
	7 Zonen	28,40
	Gesamtnetz VVW	30,40

Anlage 1

Fahrkartenart/ Geltungsbereich	Preis in €	Preis in €	Preis in €	Preis in €
Monatskarten	Monatskarte	Monatskarte <i>plus</i>	Monatskarte + Bike	Monatskarte + Family
Zone Rostock	55,00	63,00	60,00	60,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	40,00	48,00	45,00	44,00
1 Zone	43,00	51,00	48,00	48,00
2 Zonen	62,00	70,00	67,00	67,00
3 Zonen	75,00	83,00	80,00	80,00
4 Zonen	85,00	93,00	90,00	90,00
5 Zonen	95,00	103,00	100,00	100,00
6 Zonen	105,00	117,00	115,00	110,00
7 Zonen	115,00	127,00	125,00	120,00
Gesamtnetz VVW	124,00	136,00	134,00	129,00

Monatskarte ermäßigt	Monatskarte ermäßigt	Monatskarte erm. + Bike
Zone Rostock	41,00	46,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	30,00	
1 Zone	32,50	
2 Zonen	46,50	
3 Zonen	56,00	
4 Zonen	64,00	
5 Zonen	71,50	
6 Zonen	79,00	
7 Zonen	86,00	
Gesamtnetz VVW	92,50	

VorschulTicket

Zone Rostock	27,50	Schuljahr 2017/18
	28,50	Schuljahr 2018/19

KRASS-FreizeitTicket

Gesamtnetz VVW	19,60	Schuljahr 2018/19
----------------	-------	-------------------

Anlage 1

Fahrkartenart/ Geltungsbereich	Preis in €	Preis in €	Preis in €	Preis in €
---	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------

Abonnement (Jahresbeiträge)

Der Jahresbeitrag wird in den ersten zehn Monaten zu jeweils 1/10 erhoben und eingezogen, im 11. und 12. Monat erfolgt keine Berechnung und Abbuchung.

Monatskarten	Monatskarte	Monatskarte <i>plus</i>	Monatskarte + Bike	Monatskarte + Family
Zone Rostock	550,00	630,00	600,00	600,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	400,00	480,00	450,00	440,00
1 Zone	430,00	510,00	480,00	480,00
2 Zonen	620,00	700,00	670,00	670,00
3 Zonen	750,00	830,00	800,00	800,00
4 Zonen	850,00	930,00	900,00	900,00
5 Zonen	950,00	1.030,00	1.000,00	1.000,00
6 Zonen	1.050,00	1.170,00	1.150,00	1.100,00
7 Zonen	1.150,00	1.270,00	1.250,00	1.200,00
Gesamtnetz VVW	1.240,00	1.360,00	1.340,00	1.290,00

Monatskarte ermäßigt

	Monatskarte ermäßigt	Monatskarte erm. + Bike
Zone Rostock	410,00	460,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	300,00	
1 Zone	325,00	
2 Zonen	465,00	
3 Zonen	560,00	
4 Zonen	640,00	
5 Zonen	715,00	
6 Zonen	790,00	
7 Zonen	860,00	
Gesamtnetz VVW	925,00	

Mobil60-Ticket

Der Jahresbetrag wird monatlich zu je 1/12 erhoben und abgebucht.

	Mobil60- Ticket	Mobil60-Ticket + Bike
Gesamtnetz VVW	522,00	582,00

Anlage 1

Fahrkartenart/ Geltungsbereich	Preis in €	Preis in €	Preis in €	Preis in €
---	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------

SchülerTicket

Der Betrag wird monatlich erhoben und abgebucht.

Bei Bestellung von mehr als zwei SchülerTickets pro Familie wird jedes weitere Ticket zu 100 % rabattiert.

	SchülerTicket in €	SchülerTicket + Bike in €	
Zone Rostock	27,50	30,50	(Schuljahr 2017/18)
	28,50	31,50	Schuljahr 2018/19

Jahreskarten

Der Jahreskartenbetrag wird in einer Summe bei Vertragsabschluss bar bezahlt.

Jahreskarten	Jahreskarte in €	Jahreskarte <i>plus</i> in €	Jahreskarte + Bike in €	Jahreskarte + Family in €
Zone Rostock	534,00	611,00	582,00	582,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	388,00	466,00	437,00	427,00
1 Zone	417,00	495,00	466,00	466,00
2 Zonen	601,00	679,00	650,00	650,00
3 Zonen	728,00	805,00	776,00	776,00
4 Zonen	825,00	902,00	873,00	873,00
5 Zonen	922,00	999,00	970,00	970,00
6 Zonen	1.019,00	1.135,00	1.116,00	1.067,00
7 Zonen	1.116,00	1.232,00	1.213,00	1.164,00
Gesamtnetz VVW	1.203,00	1.319,00	1.300,00	1.251,00

Jahreskarte ermäßigt

	Jahreskarte ermäßigt in €	Jahreskarte ermäßigt + Bike in €
Zone Rostock	398,00	446,00
Stadttarif Güstrow/Bützow	291,00	
1 Zone	315,00	
2 Zonen	451,00	
3 Zonen	543,00	
4 Zonen	621,00	
5 Zonen	694,00	
6 Zonen	766,00	
7 Zonen	834,00	
Gesamtnetz VVW	897,00	

Mobil60-Ticket

	Mobil60- Ticket in €	Mobil60-Ticket + Bike in €
Gesamtnetz VVW	506,00	565,00

Fahrkartenart	Preis in €
----------------------	-----------------------

Übergangskarten zur Benutzung der 1. Wagenklasse

Einzel-Übergangskarte	1,50
Einzel-Übergangskarte ermäßigt	1,00
Wochen-Übergangskarte	7,00
Monats-Übergangskarte	26,00
Jahres-Übergangskarte	155,00

FlughafenTicket

Einzelfahrkarte	9,80
Einzelfahrkarte ermäßigt	7,50
Familienkarte	24,50

Anlage 2 – Kalkulation des Fahrpreisannteils von KombiTickets

Vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ermittelte Formel zur Preiskalkulation des Fahrpreisannteils von KombiTickets:

$$P = M \times \ddot{O}V \times (100\% - ZF)$$

- P** = Preisanteil KombiTicket
- M** = durchschnittlicher **Mischpreis**, basierend auf dem gültigen Regeltarif und in Abhängigkeit von der Fahrtenzahl
- ÖV** = **Anteil der ÖPNV-Nutzer** an der Gesamtheit der Besucher bzw. Käufer der Grundkarten in %, wie er sich ohne KombiTicket-Regelung voraussichtlich einstellen würde (so genannter Modalsplit)
- ZF** = **Anteil der Besitzer von Zeitkarten** und anderen Fahrtberechtigungen (insbesondere Schwerbehinderte) an der Gesamtheit der ÖV-Nutzer in %

Teil III

Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Abonnement-Verfahren (ABO)

Für den Erwerb und die Nutzung der ABO-Monatskarten gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen ABO, in der jeweils gültigen Fassung.

Mit der Bearbeitung und Rechnungsführung der Jahres-ABOs hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Bestellung eines Jahres-ABO

Voraussetzung für das ABO ist das Vorliegen einer Bestellung für ein Jahres-ABO.

Das ABO kann an jedem 1. eines Monats begonnen werden, wenn die Bestellung bis zum 23. des Vormonats vorliegt.

Mit der Unterschrift auf der Bestellung erteilt der Kunde gleichzeitig die Einzugsermächtigung für den Monatsbetrag und ggf. durch sein Verschulden anfallende Gebühren bzw. Entgelte.

Voraussetzung für die Teilnahme am Lastschriftverfahren ist ein im Sepa-Raum geführtes Girokonto sowie eine Ermächtigung des Verkehrsunternehmens durch den Abonnenten, von seinem Konto fällige Forderungen im Lastschriftverfahren einzuziehen zu dürfen. Diese Ermächtigung ist als Mandat für einen Einzug im SEPA-Basislastschriftverfahren schriftlich zu erteilen. Für die Erteilung der Ermächtigung ist der dafür bestimmte Bestellschein zu verwenden.

Die Übermittlung der schriftlichen Bestellung eines Jahres-ABOs kann durch persönliche Übergabe an einem Kundenzentrum der Verkehrsunternehmen, per Post oder telekommunikativ (per Fax oder als gescanntes Dokument per E-Mail) erfolgen.

2. Nachweis der Ermäßigungsberechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung ermäßigter ABO-Monatskarten ist ab dem vollendeten 15. Lebensjahr durch den Berechtigungsausweis des VVW während der Fahrt nachzuweisen.

Diese Ausweise sind nur gültig mit einem Lichtbild und der Bestätigung der Ausgabestelle mit Stempel und Unterschrift sowie der Unterschrift des Inhabers.

3. ABO-Preis

Für das Jahres-ABO wird in den ersten zehn Monaten der dem Tarif entsprechende volle Monatskartenpreis erhoben und eingezogen, im 11. und 12. Monat erfolgt keine Berechnung.

4. Kündigung des ABO

Das ABO gilt für mindestens 12 Monate. Eine vorzeitige Kündigung ist möglich. Wird das ABO nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um weitere 12 Monate.

Eine Kündigung wird zum nächsten Monatsersten wirksam, wenn sie schriftlich bis zum 23. des Vormonats in der ABO-Zentrale vorliegt und die bereits erhaltenen ABO-Monatskarten zurückgegeben worden sind.

Bei Tarifänderungen werden die ABO-Preise angepasst.

5. Änderungen

Änderungen des Namens, des Geltungsbereiches, des Produktes und der Bankverbindung des Kunden sind der ABO-Zentrale unverzüglich schriftlich oder in einem Kundenzentrum der RSAG anzuzeigen. Alle anderen Änderungen (z. B. Adresse) können auch telefonisch mitgeteilt werden. Änderungen können nur bis zum 23. des Vormonats berücksichtigt werden.

Bei Änderung der Bankverbindung sowie des Kontoinhabers ist eine neue Einzugsermächtigung bzw. ein neues SEPA-Basislastschriftmandat vorzulegen.

Anschriftenermittlungen gehen zu Lasten des Kunden.

6. Verlust oder Zerstörung

Für in Verlust geratene oder zerstörte ABO-Monatskarten wird kein Ersatz geleistet.

7. Abbuchung

Auf Grundlage der Einzugsermächtigung wird der Monatsbetrag jeweils am 1. Werktag des fälligen Monats eingezogen.

Der Kunde verpflichtet sich, den monatlichen Einzugsbetrag auf dem vorgesehenen Konto bereitzuhalten. Ist eine Abbuchung nicht möglich, besteht für das Verkehrsunternehmen die Möglichkeit der fristlosen Kündigung.

Vom ABO-Kunden verschuldete Rückbuchungsgebühren von Kreditinstituten zuzüglich eines hieraus resultierenden Bearbeitungsentgeltes in Höhe von 5,00 € sind vom ABO-Kunden zu tragen und werden mit dem nächsten fälligen Monatsbetrag eingezogen.

8. ABO-Monatskarten

Durch die ABO-Zentrale werden dem Kunden in der Regel dreimal im Jahr jeweils die entsprechenden 4 ABO-Monatskarten zugestellt. Es können nach Ermessen der ABO-Zentrale auch ABO-Monatskarten einzeln zugesandt werden.

Kann ein fälliger Monatsbetrag nicht eingezogen werden, wird die Zustellung weiterer ABO-Monatskarten so lange unterbrochen, bis der entsprechende Monatsbetrag bei dem Verkehrsunternehmen eingegangen ist.

Ersatzansprüche aufgrund verspäteter oder fehlgeleiteter ABO-Monatskarten, die durch die ABO-Zentrale nicht zu vertreten sind, können nicht geltend gemacht werden.

9. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Für die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes gilt § 9 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW.

Ist der Abonnent einer Monatskarte *plus* oder einer Monatskarte +Family zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet und weist er innerhalb einer Woche ab Feststellungstag bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens durch Vorlage des ABO-Fahrausweises nach, dass er im Zeitpunkt der Feststellung Inhaber eines gültigen ABO-Fahrausweises war, ermäßigt sich das erhöhte Beförderungsentgelt im Falle der GBB § 9 (1) Nr. 2 und Nr. 5 einmalig auf 7,00 €.

Im Wiederholungsfall ist dieser ABO-Kunde zur Zahlung des erhöhten Beförderungsentgeltes gemäß § 9 (2) der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen verpflichtet.

10. Erstattung

Eine Erstattung nicht ausgenutzter ABO-Monatskarten erfolgt gemäß der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW § 10.

11. Datenschutzbedingungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen.

Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt.

Zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO wird bei neuen Abonnement-Verträgen eine Bonitätsprüfung durchgeführt. Bei negativem Bescheid erfolgt kein Vertragsabschluss.

2. Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Online-Abonnement-Verfahren (ABO-online)

Für den Erwerb und die Nutzung der Monatskarten im ABO gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen ABO, in der jeweils gültigen Fassung. Mit der Bearbeitung und Rechnungsführung der Jahres-ABOs hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Bestellung eines Jahres-ABO

Voraussetzung für das ABO ist das Vorliegen einer Bestellung für ein Jahres-ABO. Das ABO kann an jedem 1. eines Monats begonnen werden, wenn die Bestellung bis zum 23. des Vormonats vorliegt. Mit der Onlinebestätigung der AGB erteilt der Kunde gleichzeitig die Einzugsermächtigung für den Monatsbetrag und ggf. durch sein Verschulden anfallende Gebühren bzw. Entgelte.

Voraussetzung für die Teilnahme am Lastschriftverfahren ist ein im Sepa-Raum geführtes Girokonto sowie eine Ermächtigung des Verkehrsunternehmens durch den Abonnenten, von seinem Konto fällige Forderungen im Lastschriftverfahren einziehen zu dürfen. Diese Ermächtigung ist als Mandat für einen Einzug im SEPA-Basislastschriftverfahren schriftlich zu erteilen. Für die Erteilung der Ermächtigung ist das dafür bestimmte Online-Bestellformular zu verwenden.

2. Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung ermäßigter Monatskarten ist ab dem vollendeten 15. Lebensjahr durch den Berechtigungsausweis des VVW während der Fahrt nachzuweisen. Diese Ausweise sind nur gültig mit einem Lichtbild und der Bestätigung der Ausgabestelle mit Stempel und Unterschrift sowie der Unterschrift des Inhabers. Die Berechtigung zur Nutzung des Mobil60-Tickets ist mit einem Personaldokument mit Lichtbild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.), aus dem das Alter hervorgeht, während der Fahrt nachzuweisen.

3. ABO-Preis

Für das Jahres-ABO wird in den ersten zehn Monaten der dem Tarif entsprechende volle Monatskartenpreis erhoben und eingezogen, im 11. und 12. Monat erfolgt keine Berechnung.

4. Kündigung des ABO

Das ABO gilt für mindestens 12 Monate. Eine vorzeitige Kündigung ist möglich. Wird das ABO nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um weitere 12 Monate. Eine Kündigung wird zum nächsten Monatsersten wirksam, wenn sie schriftlich bis zum 23. des Vormonats in der ABO-Zentrale vorliegt und bereits erhaltene ABO-Monatskarten zurückgegeben worden sind. Die Kündigung kann auch online erfolgen. Hierbei sind ebenfalls bereits erhaltene ABO-Monatskarten innerhalb der nächsten 3 Werktage nach Kündigung zurückzugeben. Erfolgt keine Rückgabe wird die Kündigung wirksam im Monat der nächsten Zustellung der ABO-Monatskarten. In diesem Fall erfolgt eine Nachberechnung.

Bei Tarifänderungen werden die ABO-Preise angepasst.

5. Änderungen

Änderungen des Namens, des Geltungsbereiches, des Produktes und der Bankverbindung des Kunden sind der ABO-Zentrale unverzüglich über das Online-Formular schriftlich oder in einem Kundenzentrum der RSAG anzuzeigen. Alle anderen Änderungen (z. B. Adresse) können auch telefonisch mitgeteilt werden. Änderungen können nur bis zum 23. des Vormonats berücksichtigt werden.

Bei Änderung der Bankverbindung sowie des Kontoinhabers ist eine neue Einzugsermächtigung bzw. ein neues SEPA-Basislastschriftmandat vorzulegen.

Anschriftenermittlungen gehen zu Lasten des Kunden.

6. Verlust oder Zerstörung

Für in Verlust geratene oder zerstörte ABO-Monatskarten wird kein Ersatz geleistet.

7. Abbuchung

Auf Grundlage der Einzugsermächtigung wird der Monatsbetrag jeweils am 1. Werktag des fälligen Monats eingezogen. Der Kunde verpflichtet sich, den monatlichen Einzugsbetrag auf dem vorgesehenen Konto bereitzuhalten.

Ist eine Abbuchung nicht möglich, besteht für das Verkehrsunternehmen die Möglichkeit der fristlosen Kündigung.

Vom ABO-Kunden verschuldete Rückbuchungsgebühren von Kreditinstituten zuzüglich eines hieraus resultierenden Bearbeitungsentgeltes in Höhe von 5,00 € sind vom ABO-Kunden zu tragen und werden mit dem nächsten fälligen Monatsbetrag eingezogen.

8. ABO-Monatskarten

Durch die ABO-Zentrale werden dem Kunden in der Regel dreimal im Jahr jeweils die entsprechenden 4 ABO-Monatskarten zugestellt. Es können nach Ermessen der ABO-Zentrale auch ABO-Monatskarten einzeln zugesandt werden.

Kann ein fälliger Monatsbetrag nicht eingezogen werden, wird die Zustellung weiterer ABO-Monatskarten so lange unterbrochen, bis der entsprechende Monatsbetrag bei dem Verkehrsunternehmen eingegangen ist.

Ersatzansprüche aufgrund verspäteter oder fehlgeleiteter ABO-Monatskarten, die durch die ABO-Zentrale nicht zu vertreten sind, können nicht geltend gemacht werden.

9. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Für die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes gilt § 9 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen (GBB) des VVW.

Ist der Abonnent einer Monatskarte *plus* oder einer Monatskarte + Family zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet und weist er innerhalb einer Woche ab Feststellungstag bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens durch Vorlage des ABO-Fahrausweises nach, dass er im Zeitpunkt der Feststellung Inhaber eines gültigen ABO-Fahrausweises war, ermäßigt sich das erhöhte Beförderungsentgelt im Falle der GBB § 9 (1) Nr. 2 und Nr. 5 einmalig auf 7,00 €.

Im Wiederholungsfall ist dieser ABO-Kunde zur Zahlung des erhöhten Beförderungsentgeltes gemäß § 9 (2) der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen verpflichtet.

10. Erstattung

Eine Erstattung nicht ausgenutzter ABO-Monatskarten erfolgt gemäß der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW § 10.

11. Datenschutzbedingungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen.

Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt.

Zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO wird bei neuen Abonnement-Verträgen eine Bonitätsprüfung durchgeführt. Bei negativem Bescheid erfolgt kein Vertragsabschluss.

3. Allgemeine Geschäftsbedingungen für Jahreskarten

Für den Erwerb und die Nutzung der Jahreskarten gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen ABO, in der jeweils gültigen Fassung.

Mit der Bearbeitung und Rechnungsführung der Jahreskarten hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Bestellung einer Jahreskarte

Die Jahreskarte ist mit dem Formular „Bestellung einer Jahreskarte“ zu beantragen. Mit dem Antrag auf eine persönliche Jahreskarte ist vom Kunden ein Lichtbild bzw. ist die Bestätigung zur Verwendung eines vorhandenen Lichtbildes (aus einem vorherigen Vertrag) abzugeben. Die Gültigkeit der Jahreskarte beginnt ab dem 1. eines Monats, wenn die Bestellung bis zum 23. des Vormonats vorliegt.

2. Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung ermäßigter Jahreskarten ist ab dem vollendeten 15. Lebensjahr durch den Berechtigungsausweis des VVW während der Fahrt nachzuweisen. Diese Ausweise sind nur gültig mit einem Lichtbild und der Bestätigung der Ausgabestelle mit Stempel und Unterschrift.

Die Berechtigung zur Nutzung von Mobil60-Tickets ist mit einem Personaldokument mit Lichtbild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.), aus dem das Alter hervorgeht, während der Fahrt nachzuweisen.

3. Jahreskarten-Preis

Das Entgelt für die Jahreskarte ist bei Vertragsunterzeichnung oder Abholung des Tickets in einer Summe bar oder mittels EC-Zahlung zu entrichten.

4. Jahreskarte

Die Jahreskarte wird in Form einer Plastikkarte mit der Gültigkeit von 12 Monaten ausgegeben. Die persönliche Jahreskarte ist mit dem Lichtbild des Eigentümers versehen.

Die Jahreskarte wird nach Zahlung des Entgeltes erstellt. Sie ist vom Kunden in einem von ihm zu benennenden Kundenzentrum der RSAG oder in der ABO-Zentrale abzuholen oder wird dem Kunden auf Wunsch und sein Risiko postalisch zugestellt.

5. Kündigung der Jahreskarte

Die Jahreskarte gilt für 12 Monate.

Eine vorzeitige Kündigung wird zum nächsten Monatsersten wirksam, wenn die Jahreskarte bis zum Monatsletzten in einem Kundenzentrum der RSAG oder in der ABO-Zentrale abgegeben wird. Das Restguthaben wird dem Kunden erstattet.

Tarifänderungen während der Laufzeit der Jahreskarte werden nicht wirksam.

6. Änderungen

Änderungen des Namens, des Produktes und des Geltungsbereiches sind der ABO-Zentrale unverzüglich schriftlich oder in einem Kundenzentrum der RSAG anzuzeigen. Alle anderen Änderungen (z. B. Adresse) können auch telefonisch mitgeteilt werden. Änderungen können nur bis zum 23. des Vormonats berücksichtigt werden.

Die Jahreskarte wird zum Monatsersten neu erstellt und ist vom Kunden in einem von ihm zu benennenden Kundenzentrum der RSAG oder in der ABO-Zentrale gegen Abgabe der alten Jahreskarte abzuholen.

7. Verlust oder Zerstörung

Für in Verlust geratene oder zerstörte Jahreskarten wird grundsätzlich kein Ersatz geleistet.

Persönliche Jahreskarten, die in Verlust geraten oder zerstört wurden, werden einmalig gegen eine Gebühr von 20,00 € ersetzt.

Zerstörte Jahreskarten *plus* und Jahreskarten + Family werden einmalig gegen eine Gebühr von 20,00 € ersetzt, wenn die zerstörte Karte in einem Kundenzentrum der RSAG oder der ABO-Zentrale vorgelegt wird. Nach Zahlung der Gebühr wird die Jahreskarte *plus* oder Jahreskarte + Family neu ausgestellt und ist vom Kunden in einem von ihm zu benennenden Kundenzentrum der RSAG oder in der ABO-Zentrale abzuholen oder wird dem Kunden auf Wunsch und sein Risiko postalisch zugestellt.

8. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Für die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes gilt § 9 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW.

Ist der Eigentümer einer Jahreskarte *plus* oder Jahreskarte + Family zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet und weist er innerhalb einer Woche ab Feststellungstag bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens durch Vorlage der Jahreskarte nach, dass er im Zeitpunkt der Feststellung Inhaber einer gültigen Jahreskarte war, ermäßigt sich das erhöhte Beförderungsentgelt im Falle der GBB § 9 (1) Nr. 2 und Nr. 5 einmalig auf 7,00 €.

Im Wiederholungsfall ist dieser Jahreskarten-Kunde zur Zahlung des erhöhten Beförderungsentgeltes gemäß § 9 (2) der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen verpflichtet.

9. Erstattung

Eine Erstattung nicht ausgenutzter Jahreskarten erfolgt gemäß der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW § 10.

Für die Monate, in denen die Jahreskarte genutzt worden ist, wird der Preis der jeweiligen Monatskarte angerechnet.

10. Datenschutzbedingungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen.

Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt.

4. Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Mobil60-Ticket im Abonnement-Verfahren (ABO)

Für den Erwerb und die Nutzung der Mobil60-Tickets im ABO gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen ABO, in der jeweils gültigen Fassung.

Mit der Bearbeitung und Rechnungsführung der Jahres-ABOs hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Bestellung eines Jahres-ABO

Voraussetzung für das ABO ist das Vorliegen einer Bestellung für ein Jahres-ABO „Mobil60-Ticket“. Mit dem Antrag auf ein Mobil60-Ticket ist vom Kunden ein Lichtbild in der Größe 3,5 x 4,5 cm (Foto oder digital) abzugeben. Das Foto kann auch in einem Kundenzentrum der RSAG (Passage „Doberaner Hof“, Lütten Klein Zentrum der Dierkower Kreuz) digital erstellt werden. Das Foto wird gespeichert.

Das ABO kann an jedem 1. eines Monats begonnen werden, wenn die Bestellung bis zum 23. des Vormonats vorliegt.

Mit der Unterschrift auf der Bestellung erteilt der Kunde gleichzeitig die Einzugsermächtigung für den Monatsbetrag und ggf. durch sein Verschulden anfallende Gebühren bzw. Entgelte.

Voraussetzung für die Teilnahme am Lastschriftverfahren ist ein im Sepa-Raum geführtes Girokonto sowie eine Ermächtigung des Verkehrsunternehmens durch den Abonnenten, von seinem Konto fällige Forderungen im Lastschriftverfahren einzuziehen zu dürfen. Diese Ermächtigung ist als Mandat für einen Einzug im SEPA-Basislastschriftverfahren schriftlich zu erteilen. Für die Erteilung der Ermächtigung ist der dafür bestimmte Bestellschein zu verwenden.

Die Übermittlung der schriftlichen Bestellung eines Jahres-ABOs kann durch persönliche Übergabe an einem Kundenzentrum der Verkehrsunternehmen, per Post oder telekommunikativ (per Fax oder als gescanntes Dokument per E-Mail) erfolgen.

2. Nachweis der Berechtigung

Die Berechtigung zur Nutzung von Mobil60-Tickets ist mit einem Personaldokument (Personalausweis, Reisepass, Führerschein u. ä.), aus dem das Alter hervorgeht, während der Fahrt nachzuweisen.

3. ABO-Preis

Für das Jahres-ABO wird 12-monatlich der laut Tarif gültige Fahrpreis erhoben und eingezogen.

4. Ticket, Nutzung des Tickets

Das Mobil60-Ticket wird in Form einer Plastikkarte mit der Gültigkeit von 36 Monaten ausgegeben. Das Ticket ist mit einem integrierten Lichtbild des Nutzers versehen. Nach Ablauf der Gültigkeit kann durch die ABO-Zentrale ein aktuelles Lichtbild abgefordert werden. Eine Information dazu erfolgt rechtzeitig vorab.

Im Ermessen der ABO-Zentrale ist es, im Einzelfall einzelne ABO-Monatskarten zu erstellen. Ersatzansprüche aufgrund verspäteter oder fehlgeleiteter Tickets bzw. der ABO-Monatskarten, die durch die ABO-Zentrale nicht zu vertreten sind, können nicht geltend gemacht werden.

Das Ticket ist während der Fahrt mitzuführen und bei Kontrollen auf Verlangen vorzuzeigen.

5. Kündigung des ABO

Das ABO gilt für mindestens 12 Monate. Eine vorzeitige Kündigung ist möglich. Wird das ABO nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um weitere 12 Monate.

Eine Kündigung wird zum nächsten Monatsersten wirksam, wenn sie schriftlich bis zum 23. des Vormonats in der ABO-Zentrale vorliegt bzw. in einem Kundenzentrum der RSAG abgegeben worden ist. Das Mobil60-Ticket ist am Monatsersten, spätestens bis zum 3. des Monats, in einem RSAG-Kundenzentrum abzugeben bzw. per Post an die ABO-Zentrale zu schicken. Erfolgt keine Rückgabe des Mobil60-Tickets, erfolgt die Abbuchung des Monatsbetrages bis zur

Rückgabe des Tickets bzw. bis zum Ende der auf dem Ticket angegebenen Ticketgültigkeit. Wird das Mobil60-Ticket vor der Kündigungsfrist zurückgegeben, wird für den Zeitraum der Rückgabe bis zum letzten Tag des letzten Gültigkeitsmonats ein befristetes Ticket ausgegeben. Bei Tarifänderungen werden die Ticket-Preise angepasst.

6. Änderungen

Änderungen des Namens, des Geltungsbereiches, des Produktes und der Bankverbindung des Kunden sind der ABO-Zentrale unverzüglich schriftlich oder in einem Kundenzentrum der RSAG anzuzeigen. Alle anderen Änderungen (z. B. Adresse) können auch telefonisch mitgeteilt werden. Änderungen können nur bis zum 23. des Vormonats berücksichtigt werden. Bei Änderung der Bankverbindung sowie des Kontoinhabers ist eine neue Einzugsermächtigung bzw. ein neues SEPA-Basislastschriftmandat vorzulegen. Anschriftenermittlungen gehen zu Lasten des Kunden.

7. Verlust oder Zerstörung

Mobil60-Tickets, die verloren oder zerstört wurden oder anderweitig in Verlust geraten sind, werden während der Laufzeit eines Kalenderjahres gegen eine Bearbeitungsgebühr von 10,00 € in der ABO-Zentrale oder in den Kundenzentren der RSAG neu ausgestellt. Die Bearbeitungsgebühr ist bei Aushändigung des Ersatztickets bar zu entrichten. Ab der zweiten Verlustmeldung innerhalb eines Kalenderjahres erhöht sich die Bearbeitungsgebühr auf 20,00 €.

8. Abbuchung

Auf Grundlage der Einzugsermächtigung wird der Monatsbetrag jeweils am 1. Werktag des fälligen Monats eingezogen. Der Kunde verpflichtet sich, den monatlichen Einzugsbetrag auf dem vorgesehenen Konto bereitzuhalten.

Ist eine Abbuchung nicht möglich, besteht für das Verkehrsunternehmen die Möglichkeit der fristlosen Kündigung.

Vom ABO-Kunden verschuldete Rückbuchungsgebühren von Kreditinstituten zuzüglich eines hieraus resultierenden Bearbeitungsentgeltes in Höhe von 5,00 € sind vom ABO-Kunden zu tragen und werden mit dem nächsten fälligen Monatsbetrag eingezogen.

9. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Für die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes gilt § 9 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW.

10. Erstattung

Eine Erstattung nicht ausgenutzter Mobil60-Tickets erfolgt gemäß der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW § 10.

11. Datenschutzbedingungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen.

Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt.

Zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO wird bei neuen Abonnement-Verträgen eine Bonitätsprüfung durchgeführt. Bei negativem Bescheid erfolgt kein Vertragsabschluss.

5. Bedingungen für das SchülerTicket Rostock

Für den Erwerb und die Nutzung der SchülerTickets gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen ABO, in der jeweils gültigen Fassung.

Mit der Bearbeitung und Rechnungsführung der Jahreskarten hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Berechtigte

Zur Nutzung des SchülerTickets Rostock sind Schüler an folgenden Schulen der Hansestadt Rostock berechtigt

- Schüler der Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, Förderschulen, Gymnasien,
- Schüler der Fachgymnasien und Fachoberschulen (ohne Berufsabschluss),
- Schüler vergleichbarer Schulen in freier Trägerschaft,
- Schüler ohne eigenes Einkommen, die einen Schulabschluss (Berufliche Reife (Hauptschulabschluss) oder Mittlere Reife (Realschulabschluss), Abitur) an einer beruflichen Schule oder an der Volkshochschule erwerben.

2. Geltungsbereich, Geltungsdauer

Das SchülerTicket berechtigt zu beliebig vielen Fahrten innerhalb der Zone Rostock und nur in der 2. Wagenklasse.

Das SchülerTicket ist für ein Schuljahr einschließlich der zugehörigen Sommerferien gültig.

Das Ticket ist personengebunden und nicht übertragbar.

Das SchülerTicket + Bike berechtigt zur unentgeltlichen Mitnahme eines Fahrrades unter Beachtung der Beschaffenheit und des Besetzungsgrades des genutzten Verkehrsmittels gemäß § 12 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW.

3. Antragstellung

Voraussetzung für die Nutzung des SchülerTickets ist das Vorliegen eines „Antrages auf ein SchülerTicket“. Mit dem Antrag auf ein SchülerTicket ist vom Kunden ein Lichtbild in der Größe 3,5 x 4,5 cm (Foto oder digital) abzugeben. Das Foto kann auch kostenfrei in einem Kundenzentrum der RSAG (Passage „Doberaner Hof“, Dierkower Kreuz oder Lütten Klein Zentrum) digital erstellt werden. Das Foto wird gespeichert.

Auf dem Antrag ist durch die Schule zu bestätigen, dass der Antragsteller für das angegebene Schuljahr Schüler dieser Einrichtung sein wird.

Mit der Unterschrift auf der Bestellung erteilt der Kunde gleichzeitig die Einzugsermächtigung für den Monatsbetrag und ggf. durch sein Verschulden anfallende Gebühren bzw. Entgelte.

Voraussetzung für die Teilnahme am Lastschriftverfahren ist ein im Sepa-Raum geführtes Girokonto sowie eine Ermächtigung des Verkehrsunternehmens durch den Abonnenten, von seinem Konto fällige Forderungen im Lastschriftverfahren einzuziehen zu dürfen. Diese Ermächtigung ist als Mandat für einen Einzug im SEPA-Basislastschriftverfahren schriftlich zu erteilen. Für die Erteilung der Ermächtigung ist der dafür bestimmte Bestellschein zu verwenden.

Die Übermittlung der schriftlichen Bestellung eines Jahres-ABOs kann durch persönliche Übergabe an einem Kundenzentrum der Verkehrsunternehmen, per Post oder telekommunikativ (per Fax oder als gescanntes Dokument per E-Mail) erfolgen.

Eine Antragstellung nach dem ersten Schultag ist nur dann möglich, wenn die entsprechenden Monatsbeiträge rückwirkend ab dem Schuljahresbeginn bar entrichtet werden. Dies entfällt, wenn ein entsprechender Nachweis vorliegt, dass das Kind die Berechtigung erst nach Beginn des Schuljahres (Umzug oder Schulwechsel) erhalten hat. Eine Nachberechnung erfolgt dann zu dem Monat, in welchem die Berechtigung entstanden ist.

Der Preis für das SchülerTicket wird nur gewährt bei einer Abnahmegarantie für den Zeitraum eines Schuljahres.

4. Nutzung

Das SchülerTicket wird in Form einer Plastikkarte mit integriertem Lichtbild ausgegeben. Das Ticket ist während der Fahrt mitzuführen und bei Kontrollen auf Verlangen vorzuzeigen. Ein besonderer Berechtigungsnachweis wird nicht benötigt.

5. Änderungen

Änderungen des Namens, des Produktes und der Bankverbindung des Kunden sind der ABO-Zentrale unverzüglich schriftlich oder in einem Kundenzentrum der RSAG anzuzeigen. Alle anderen Änderungen (z. B. Adresse) können auch telefonisch mitgeteilt werden. Änderungen können nur bis zum 23. des Vormonats berücksichtigt werden. Bei Änderung der Bankverbindung sowie des Kontoinhabers ist eine neue Einzugsermächtigung bzw. ein neues SEPA-Basislastschriftmandat vorzulegen.

Anschriftenermittlungen gehen zu Lasten des Kunden.

6. Freigestellte SchülerTickets

Bestehen 3 und mehr SchülerTicket-Verträge pro Familie und Schuljahr, besteht nur für 2 SchülerTickets eine Bezahlungspflicht. Das 3. SchülerTicket und weitere SchülerTickets werden kostenfrei ausgegeben. Voraussetzung hierfür ist das Vorliegen eines Antrages auf Freistellung. Ersatzgebühren und Entgelte für erhöhtes Beförderungsentgelt sind nicht in die Bezahlungsbefreiung eingeschlossen. Während des Schuljahres müssen immer 2 bezahlungspflichtige Verträge bestehen. Wird ein bezahlungspflichtiger Vertrag vorfristig gekündigt, wird die Bezahlungspflicht auf ein freigestelltes SchülerTicket übertragen.

7. Kündigung

Eine Kündigung des Vertrages ist bis zum 23. des Vormonats möglich. Sie wird nur wirksam, wenn das SchülerTicket bis zum letzten Tag des Vormonats (gegen Ausstellung eines gesonderten SchülerTickets bis zum Monatsende) zurückgegeben wird. Wird der Vertrag vor Beendigung der Laufzeit (Schuljahr) gekündigt, wird der Differenzbetrag zwischen dem Monatsbetrag für das SchülerTicket und dem vergleichbaren ABO-Betrag jeweils für die genutzten Monate nach erhoben und ist bar zu entrichten. Bei Wegfall der Berechtigung entfällt der Differenzbetrag.

Eine Kündigung wird nur wirksam, wenn das SchülerTicket zurückgegeben wird.

Bei Tarifänderungen werden die SchülerTicket-Preise zum neuen Schuljahr angepasst.

8. Vertragslaufzeit

Wird das Angebot „SchülerTicket Rostock“ weitergeführt und von keinem Vertragspartner gekündigt, verlängert sich der Vertrag automatisch um ein weiteres Schuljahr solange der Schüler am ersten Schultag das 15. Lebensjahr nicht vollendet hat. Die Ticketzusendung erfolgt automatisch. Mit Vollendung des 15. Lebensjahres des Schülers wird der Vertrag nur nach Vorlage einer Schulbescheinigung weitergeführt. Bei Fortsetzung des Vertrages kann durch die ABO-Zentrale ein aktuelles Lichtbild abgefordert werden. Eine Information hierzu erfolgt rechtzeitig vorab.

Wird das Angebot nicht weitergeführt, erfolgt die Kündigung durch den VVW bis spätestens 3 Monate vor Schulbeginn.

9. Verlust und Zerstörung

SchülerTickets, die verloren oder zerstört wurden oder anderweitig in Verlust geraten sind, werden während der Laufzeit eines Schuljahres gegen eine Bearbeitungsgebühr von 10,00 € in der ABO-Zentrale oder in den Kundenzentren der RSAG neu ausgestellt. Die Bearbeitungsgebühr ist bei Aushändigung des Ersatztickets bar zu entrichten. Ab der zweiten Verlustmeldung innerhalb eines Schuljahres erhöht sich die Bearbeitungsgebühr auf 20,00 €.

10. Zuschuss der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

SchülerTicket-NutzerInnen, deren Erstwohnsitz sich in Rostock befindet, haben Anspruch auf einen Zuschuss von 5,00 € je Monat auf den Preis des SchülerTickets. Der Vertragsnehmer hat den Erstwohnsitz des/der SchülerTicket-Nutzers/Nutzerin auf dem Antrag für ein SchülerTicket zu bestätigen. Der Zuschuss zum Monatsbeitrag wird nur bei Vorlage der Bestätigung des Erstwohnsitzes gewährt.

11. Abbuchung

Der Monatsbetrag (mit oder ohne Zuschuss) wird jeweils am 1. Werktag des fälligen Monats eingezogen. Der Kunde verpflichtet sich, den monatlichen Einzugsbetrag auf dem angegebenen Konto bereitzuhalten. Ist eine Abbuchung nicht möglich, besteht für das Verkehrsunternehmen die Möglichkeit der fristlosen Kündigung und damit der Einzug des SchülerTickets. Vom Kunden verschuldete Rückbuchungsgebühren von Kreditinstituten zuzüglich eines hieraus resultierenden Bearbeitungsentgeltes in Höhe von 5,00 € sind vom Kunden zu tragen und werden mit dem nächsten fälligen Monatsbeitrag eingezogen. Ändern sich die Voraussetzungen des Anspruchs auf Zahlung des Zuschusses, z. B. durch Zu- oder Wegzug, wird dies in Form einer nachträglichen Erhöhung bzw. Minderung des Monatsbetrages beim nächstmöglichen Einzug ausgeglichen.

12. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Ist ein SchülerTicket-Nutzer zur Zahlung eines erhöhten Beförderungsentgeltes verpflichtet und weist er innerhalb einer Woche ab Feststellungstag bei der Verwaltung des Verkehrsunternehmens durch Vorlage des SchülerTickets nach, dass er im Zeitpunkt der Feststellung Inhaber eines gültigen SchülerTickets war, ermäßigt sich das erhöhte Beförderungsentgelt im Falle der GBB § 9 (1) Nr. 2 und Nr. 5 auf 7,00 €.

13. Erstattung

Erstattungen werden nur nach Maßgabe des § 10 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW vorgenommen.

14. Datenschutzbedingungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen. Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt. Zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO wird bei neuen Abonnement-Verträgen eine Bonitätsprüfung durchgeführt. Bei negativem Bescheid erfolgt kein Vertragsabschluss.

6. Allgemeine Bedingungen für das JobTicket

Für den Erwerb und die Nutzung von JobTickets gelten die Bestimmungen des VVW-Tarifs, bestehend aus Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Allgemeinen Geschäftsbedingungen, in der jeweils gültigen Fassung.

Mit der Bearbeitung und Abrechnung der JobTickets hat die VVW GmbH die RSAG beauftragt.

1. Voraussetzung

Die VVW GmbH kann mit Betrieben/Einrichtungen und Verwaltungen – Firma genannt – mit mindestens 30 Mitarbeitern Vereinbarungen abschließen, nach denen deren Mitarbeiter die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können.

Voraussetzung für den Abschluss einer solchen Vereinbarung ist, dass

- mind. 10 % der Nutzungsberechtigten der Firma, mindestens aber 20 Mitarbeiter, ein JobTicket erwerben und
- der Arbeitgeber einen Finanzierungsanteil in Höhe von mind. 10 % auf den anzurechnenden Fahrpreis gewährt.

Der VVW gewährt auf den anzurechnenden Fahrpreis zusätzlich einen Rabatt in Höhe von 10%.

Die Firma ist Vertragspartner des VVW und als solcher alleinig für die organisatorische und finanzielle Abwicklung mit den JobTicket-Nutzern der Firma zuständig.

Die Mitarbeiter/ -innen der **Firma** werden vertraglich durch die **Firma** an das JobTicket gebunden.

2. Bestellung des JobTickets

Die Firma übergibt die Kundendaten sowie jeweils ein Lichtbild der verbindlichen JobTicket-Nutzer an die ABO-Stelle der RSAG in Form einer vorgegebenen Datei.

3. Nutzer des JobTickets

Zum Erwerb eines JobTickets sind alle Mitarbeiter/innen berechtigt, deren Beschäftigungsdauer bei Erstbestellung noch mindestens ein Jahr beträgt.

Ausgenommen hiervon sind

- *Schwerbehinderte (mit Freifahrtberechtigung gemäß*
- *Schwerbehindertengesetz)*
- *Aushilfs- und Zeitarbeitskräfte*
- *Praktikanten*
- *ausgesteuerte Mitarbeiter/-innen (Langzeiterkrankte)*
- *Mitarbeiterinnen im Mutterschutz*
- *ohne Bezüge beurlaubte Mitarbeiter/-innen.*

Auszubildende können auf Basis des ermäßigten Fahrpreises in das JobTicket aufgenommen werden, erhalten dann jedoch nur den durch den Arbeitgeber gewährten Rabatt.

4. JobTicket

Es werden ausgegeben:

- JobTickets
- JobTickets + Personenmitnahme und/oder Fahrradmitnahme

JobTickets werden als personengebundener Fahrausweis in Form einer Plastikkarte ausgegeben.

Die Karte ist mit dem Lichtbild des Inhabers versehen.

Auf der Karte sind die Angaben zur Firma, die Geltungsdauer und der Geltungsbereich (Angabe der genutzten Zonen) sowie der Name des Inhabers ersichtlich.

5. JobTicket-Preis

Der monatlich durch die RSAG einzuziehende Betrag basiert auf dem Preis einer ABO-Monatskarte des jeweils gewählten Geltungsbereiches.

Der Preis wird rabattiert um 10% durch den VVW und mind. weitere 10% durch den Arbeitgeber.

Für die Erweiterung des JobTickets um die Mitnahme eines Fahrrades und/oder weiterer Personen (analog den Bedingungen für Monatskarte + Family oder Monatskarte plus) wird ein unrabattierter Aufschlag für den jeweiligen Geltungsbereich erhoben.

6. Neuanmeldungen/Änderungen

Während der Laufzeit des Vertrages können weitere JobTickets bestellt werden. Die JobTicket-Inhaber/innen können den Geltungsbereich ihres Tickets und/oder die Inanspruchnahme von Zusatznutzen ändern.

Die Bestellung neuer JobTickets bzw. die Änderungsmitteilung zum Geltungsbereich erfolgt bis zum jeweils 20. für den Folgemonat.

7. Abbestellungen

Abbestellungen müssen bis zum jeweils 25. für den Folgemonat bei der Abo-Stelle erfolgen. Abbestellungen von JobTickets werden nur gültig bei gleichzeitiger Rückgabe der Tickets bis zum 5. Werktag des Folgemonats. Die Firma ist verantwortlich für die Rückgabe der Tickets an die ABO-Stelle.

8. Abrechnung

Die Abo-Stelle stellt monatlich an die Firma eine Rechnung zu den ausgegebenen JobTickets sowie evtl. angefallenen Bearbeitungsgebühren für ausgestellte Ersatztickets.

Die Firma ist verpflichtet, den durch den VVW gewährten Rabatt an den JobTicket-Nutzer weiterzureichen.

Eine monatliche Berechnung für ein JobTicket erfolgt erst dann nicht mehr, wenn der ABO-Stelle bis spätestens zum 5. Kalendertag des laufenden Monats das JobTicket zurückgegeben wurde.

9. Verlust/Beschädigungen

Ticketverluste oder -beschädigungen sind durch die Firma unverzüglich an die ABO-Stelle zu melden. Bei Zahlung einer Bearbeitungsgebühr von 10 € wird ein Ersatzticket ausgestellt.

10. Erhöhtes Beförderungsentgelt

Weist ein JobTicket-Inhaber bei einer Fahrausweiskontrolle kein oder kein gültiges JobTicket vor, kommt für die Erhebung eines erhöhten Beförderungsentgeltes § 9 der Gemeinsamen Beförderungsbedingungen des VVW zur Anwendung.

11. Datenschutzbestimmungen

Die RSAG arbeitet im Auftrag des VVW. Im Rahmen dieser Beauftragung ist die RSAG berechtigt, die ihr im Antrag übermittelten Kundendaten zum Zweck der Vertragserfüllung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DSGVO und zur Wahrung berechtigter Geschäftsinteressen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO zu verarbeiten, zu speichern und zu nutzen.

Die Verarbeitung beruht auf der Einwilligung der betroffenen Person. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit schriftlich zu widerrufen. Mit dem Widerruf endet der Vertrag. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird nicht berührt.

12. Übergangsregelung FirmenTicket

Besteht zwischen einer Firma und der VVW bereits ein FirmenTicket-Vertrag, gilt dieser mit den vereinbarten Konditionen fort. Werden aus diesem Vertrag heraus Tickets neu ausgegeben, tragen diese abweichend ebenfalls die Bezeichnung JobTicket.

Teil IV
Besondere Bestimmungen

1. Allgemeine Bestimmungen zum InterCombi-Ticket

1. Fahrpreise

1.1. Fahrpreise Hauptsaison (1.6. – 31.08.)

Einzelticket	25,00 €	186,00 DKK
Einzelticket Kind	13,00 €	97,00 DKK
Einzelticket Hund	10,00 €	74,50 DKK

Tagesticket	34,00 €	253,00 DKK
Tagesticket Kind	18,00 €	134,00 DKK
Tagesticket Hund	10,00 €	74,50 DKK
Gruppen-Tagesticket	102,00 €	759,00 DKK

1.2. Fahrpreise Nebensaison (1.9. – 31.05.)

Einzelticket	17,00 €	126,00 DKK
Einzelticket Kind	9,00 €	67,00 DKK
Einzelticket Hund	10,00 €	74,50 DKK

Tagesticket	26,00 €	193,00 DKK
Tagesticket Kind	14,00 €	104,00 DKK
Tagesticket Hund	10,00 €	74,50 DKK
Gruppen-Tagesticket	78,00 €	580,00 DKK

2. Bedingungen

2.1. Gültigkeit

Das InterCombi-Ticket gilt für die gebuchte Fährfahrt sowie die zur Anreise genutzten Verkehrsmittel in Rostock und die zur Weiterfahrt genutzten Busse von Gedser nach Nykøbing. Das Tagesticket gilt für je eine Hin- und Rückfahrt am gleichen Reisetag. Gruppen-Tagestickets gelten für max. 5 Personen.

2.2. Geltungsbereich

InterCombi-Tickets gelten für Fahrten mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln in Rostock bis Haltestelle Seehafen Fähre, der Fähre/Scandlines und den Bussen (Linie 740 und 743)/MOVIA von Gedser nach Nykøbing bzw. in der Gegenrichtung.

Die Tickets gelten darüber hinaus

- in der Zone Rostock in allen öffentlichen Verkehrsmitteln als
 - o Einzelfahrkarte des VVW (bei Einzeltickets)
 - o Tageskarte des VVW (bei Tagestickets)
 - o Gruppen-Tageskarte des VVW (bei Gruppen-Tagestickets)
- in Nykøbing (Zone 230) in allen Bussen von MOVIA als
 - o Tageskarte.

Für die Beförderung gelten die Beförderungsbestimmungen des jeweils genutzten Unternehmens.

2.3. Ermäßigungen

Für Kinder von 4 bis 11 Jahren gilt der ermäßigte Fahrpreis.

2.4. Unentgeltliche Beförderung

- Kinder bis 3 Jahre
- nachgewiesene Begleitperson und/oder Blinden-/Begleithund von schwerbehinderten Menschen
- Kinderwagen (nur mit mitreisendem Kind)
- Handgepäck

2.5. Schadensersatz

Für Schäden, welche der Kunde während der Fahrt erleidet, haftet der jeweilige ICT-Partner gemäß dessen Beförderungsbedingungen. Die übrigen ICT-Partner sind hinsichtlich derartiger Schadensersatzforderungen freigestellt.

3. Buchung

3.1. Buchung

Die Buchung der Fährverbindung kann

- online über die Informationsplattform www.intercombi-ticket.com oder
- in den Kundenzentren der Rostocker Straßenbahn AG (RSAG) oder
- in weiteren vertraglich gebundenen Vertriebsagenturen

bis spätestens 2 Stunden vor Fährabfahrt erfolgen.

Das InterCombi-Ticket wird ausgegeben

- online bei Buchung direkt über das Buchungssystem RSAG/VVW bzw.
- in den Kundenzentren der RSAG und Vertriebsagenturen.

Die für die An- bzw. Abreise zur bzw. von der Fähre zu nutzenden Verkehrsmittel, - wege und - zeiten kann der Kunde entsprechend der jeweiligen Fahrpläne wählen.

3.2. Anmeldung Gruppenreisen

Gruppen mit mehr als 25 Personen sind mindestens 1 Woche vor Reiseantritt bei einem Kundenzentrum der RSAG oder Scandlines anzumelden.

3.3. Umbuchung/Erstattung bei vom Kunden zu vertretendem Nichtantritt der Fahrt

Kann der Kunde seine gebuchte Fahrt nicht antreten aus Gründen, die in seine Risikosphäre fallen, hat er grundsätzlich gegen eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10,00 € einen Anspruch auf Umbuchung. Voraussetzung dafür ist, dass er seinen Umbuchungsantrag unter Vorlage des Originaltickets spätestens am Vortag der Fährabfahrt persönlich oder schriftlich bei der Verkaufs-/Ausgabestelle stellt. Für online gekaufte InterCombi-Tickets hat der Kunde online das Umbuchungsformular zu nutzen.

Ist die Umbuchung auf eine vom Kunden gewünschte Fahrt nicht möglich, hat der Kunde grundsätzlich gegen eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 10,00 € einen Anspruch auf Erstattung des Beförderungsentgeltes. Voraussetzung dafür ist, dass er seinen Erstattungsantrag unter Vorlage des Originaltickets und Angabe des Hinderungsgrundes spätestens am Vortag der Fährabfahrt persönlich oder schriftlich bei der Verkaufs-/ Ausgabestelle stellt. Für online gekaufte InterCombi-Tickets hat der Kunde online das Entgelterstattungsformular zu nutzen.

3.4. Umbuchung/Erstattung bei vom Kunden nicht zu vertretendem Ausfall der Fahrt bzw. Teilen davon

Kann bzw. konnte der Kunde seine gebuchte Fahrt bzw. Teile davon nicht antreten aus Gründen, die in die Risikosphäre eines ICT-Vertragspartners fallen, hat der Kunde grundsätzlich einen Anspruch auf Erstattung des gesamten Beförderungsentgeltes bzw. auf Erstattung der Teilleistung. Voraussetzung dafür ist, dass er seinen Erstattungsantrag unter

Vorlage des Originaltickets innerhalb von 5 Werktagen nach Fährabfahrt persönlich oder schriftlich bei der Verkaufs-/Ausgabestelle stellt. Für online gekaufte InterCombi-Tickets hat der Kunde online das Entgelterstattungsformular zu nutzen. Bearbeitungsgebühren fallen in diesem Fall nicht an.

2. Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Verkauf und die Nutzung von MobileTickets

1. Allgemeines

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für den Erwerb von MobileTickets und ergänzen die „Gemeinsamen Beförderungsbedingungen, Tarifbestimmungen und Preise“ des VVW-Tarifes in der jeweils gültigen Fassung.

MobileTickets sind ausschließlich über mobile Endgeräte (Smartphone, Tablet) zu erwerben.

2. Anmeldung

Der Zugang zum Kauf von MobileTickets des VVW kann wahlweise mit und ohne Registrierung erfolgen.

(1) Es ist ein Kauf von MobileTickets ohne Registrierung im VVW möglich. Voraussetzung dafür ist die wahrheitsgemäße und vollständige Angabe von

- Anrede
- Name
- Vorname
- E-Mail-Adresse
- Mobilfunknummer (bei Zahlung über den Mobilfunkanbieter)

(2) Entscheidet sich der Kunde für die Registrierung, so kann er sich über die mobile Internetseite <https://shop.verkehrsverbund-warnow.de> oder über die VVW-App unter wahrheitsgemäßer und vollständiger Angabe der nachfolgenden Punkte beim VVW anmelden

- Anrede
- Name und vollständige Adresse
- Geburtsdatum
- E-Mail-Adresse
- gewünschtes Bezahlverfahren
- Bankverbindung mit BIC (Business Identifier Code (Geschäftskennzeichen)) und IBAN (International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer)) (im Falle SEPA-Lastschriftverfahren)
- Kreditkartendaten (im Falle Kreditkartenzahlverfahren)
- Mobilfunknummer (im Falle der Zahlung über den Mobilfunkanbieter)

(3) Der Kunde verpflichtet sich, für die Vertragsbeziehung wesentliche Daten (insbesondere Name, Adresse, Zahlverfahren und E-Mail-Adresse) bei Änderungen unverzüglich in seinem persönlichen Login-Bereich entsprechend zu ändern. Kommt der Kunde seiner Informationspflicht nicht nach, so ist das Finanzunternehmen berechtigt, den Kunden die dadurch entstehenden Mehraufwendungen zu belasten.

3. Erwerb und Nutzung

(1) Im internetbasierten Verkaufsdienst können nur aus einem eingeschränkten Ticketangebot Tickets erworben werden. Folgende MobileTickets werden über diesen Vertriebsweg angeboten:

- Einzelfahrkarten
- Einzelfahrkarten ermäßigt
- Kurzstreckenfahrkarten
- Tageskarten
- Tageskarten ermäßigt
- Gruppen-Tageskarten
- Fahrradkarten
- Fahrradkarten Fähre
- Fahrrad-Tageskarten

- Fährfahrkarten
- FlughafenTicket
- FlughafenTicket ermäßigt
- FlughafenTicket Familie

Das Ticketangebot kann jederzeit ohne Vorankündigung angepasst werden. Ein Anspruch zur Ausgabe von Tickets als „VWV-MobileTickets“ besteht nicht.

- (2) MobileTickets sind erhältlich über
- a) die Applikationen zur Installation auf mobilen Endgeräten und
 - b) den WebShop des VWV (ausschließlich auf mobilen Endgeräten)

Der VWV übernimmt keinerlei Garantieleistung bzgl. der Verfügbarkeit des Services für den Kauf von MobileTickets.

(3) Mit der Bestellung eines MobileTickets gibt der Nutzer ein Angebot auf Abschluss eines Kauf- und Beförderungsvertrages ab. Der Kaufvertrag kommt zwischen dem Nutzer und dem VWV durch Bereitstellung des MobileTickets zustande. Der Beförderungsvertrag kommt mit dem Verkehrsunternehmen zustande, dessen Verkehrsmittel jeweils genutzt wird. Für die Gültigkeit des MobileTickets ist letztendlich der Datenbankeintrag beim IT-Dienstleister maßgeblich. Das MobileTicket gilt, soweit es nicht mit einem genauen Geltungszeitraum versehen ist, zu sofortigem Fahrtantritt. Der Nutzer muss das MobileTicket vor Fahrtantritt erwerben und sich vom Erhalt des gültigen Tickets überzeugen. Die dabei entstehenden Übertragungskosten trägt der Nutzer.

Die VWV GmbH schließt mit den jeweiligen Verkehrsunternehmen einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO bzw. eine Vereinbarung über die gemeinsame Datenverarbeitung gemäß Art. 26 DSGVO ab. Verantwortliche Stelle gemäß Art. 24 DSGVO ist die Verkehrsverbund Warnow GmbH, Stampfmüllerstr.40, 18057 Rostock, Amtsgericht Rostock HRB 7147, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Andrea Doliwa, für die Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsabwicklung für den Kauf eines Mobile Tickets.

(4) Die Höhe der Zahlungsverpflichtung ergibt sich aus dem Kaufvertrag zzgl. ggf. entstandener Gebühren, sowie den gültigen Beförderungs- und Tarifbestimmungen des VWV-Tarifs. Die Zahlung erfolgt automatisch an den Finanzdienstleister.

(5) MobileTickets sind nicht übertragbar und gelten nur in Verbindung mit einem gültigen Kontrollmedium (amtlicher Lichtbildausweis) für die auf dem Ticket angegebene Person. Der auf dem MobileTicket angegebene Nachname und Vorname muss mit der Schreibweise auf dem verwendeten Kontrollmedium übereinstimmen. Bei Gruppenfahrten muss die auf dem Ticket angegebene Person (Nutzer) stets mitfahren.

(6) MobileTicket und gültiges Kontrollmedium sind zu Kontrollzwecken bei der Fahrt bzw. in den Betriebsanlagen ständig mitzuführen und auf Verlangen dem Kontrollpersonal auszuhändigen.

Die Fahrtberechtigung wird ausschließlich durch die in der App hinterlegten Tickets bzw. beim Kauf über den Webshop als Bild-Datei (PNG-Format) dargestellt. Andere Dokumente (z.B. Screenshots oder Papierausdrucke) werden nicht als gültige Tickets anerkannt.

(7) Kann der Nutzer bei der Fahrkartenkontrolle sein MobileTicket nicht vorlegen (z. B. infolge technischer Störungen, leerer Akku etc.) wird dies als Fahrt ohne gültiges Ticket im Sinne der Bestimmungen des VWV-Tarifs § 9 gewertet. Für den Fall der Nichtverfügbarkeit, der fehlerhaften bzw. unvollständigen Übertragung des Tickets ist der Nutzer vor Fahrtantritt verpflichtet, anderweitig ein gültiges Ticket zu erwerben.

(8) Eine Erstattung und eine Rücknahme von MobileTickets sind ausgeschlossen.

(9) Im Übrigen gelten die Beförderungs- und Tarifbestimmungen des VVW-Tarifs.

4. Zahlungsweisen und Abrechnung

4.1. Abtretungsanzeige

(2) Der Einzug der Entgeltforderung für die erworbenen Tickets erfolgt durch das Finanzunternehmen, an welches sämtliche Entgeltforderungen einschließlich des Anspruches auf Erstattung etwaiger Gebühren verkauft und abgetreten wurden (Abtretungsanzeige). Das Finanzunternehmen ist Drittbegünstigter der nachfolgenden Bestimmungen und ist zudem ermächtigt, den Forderungseinzug im eigenen Namen und für eigene Rechnung durchzuführen.

(3) Die im Zusammenhang mit der Nutzung der angebotenen Zahlverfahren im Rahmen des Bezahlvorgangs angegebenen personenbezogenen Daten und alle Änderungen, werden zum Zwecke der Abwicklung der Zahlungen und zum Forderungsmanagement von dem Finanzunternehmen

LogPay Financial Services GmbH
Schwalbacher Straße 72
65760 Eschborn,

verarbeitet und genutzt. Das Finanzunternehmen hat sich gegenüber der VVW GmbH verpflichtet, die Daten vertraulich und datenschutzrechtskonform ausschließlich zur Erbringung der Zahlung zu verwenden und nicht an Dritte weiterzugeben, mit Ausnahme der in dieser Datenschutzerklärung (Punkt 6, Absatz 4) genannten Unternehmen.

Die VVW GmbH schließt mit dem Finanzdienstleister LogPay einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO ab. Verantwortliche Stelle gemäß Art. 24 DSGVO ist die Verkehrsverbund Warnow GmbH, Stampfmüllerstr.40, 18057 Rostock, Amtsgericht Rostock HRB 7147, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Andrea Doliwa, für die Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsabwicklung für den Kauf eines Mobile Tickets.

4.2. Mögliche Zahlungsweisen

Der Kunde kann für MobileTickets zwischen folgenden Zahlungsweisen wählen:

- a) SEPA-Lastschriftverfahren, sofern sich der Wohnsitz des Kontoinhabers im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befindet
- b) Kreditkarte (Visa und Mastercard®)
- c) Mobilfunk-Netzbetreiber (Telefonrechnung).

Andere Zahlungsweisen sind ausgeschlossen. Ein Anspruch des Kunden zur Teilnahme an einem bestimmten der genannten Zahlverfahren besteht nicht. Alle Zahlverfahren stehen nur voll geschäftsfähigen Personen über 18 Jahren zur Verfügung.

4.2.1. Zahlung per SEPA-Lastschriftverfahren

(1) Das Zahlverfahren per Lastschrifteinzug steht nur registrierten Kunden zur Verfügung. Bei Auswahl dieses Zahlverfahrens ermächtigt der Kunde mit Zustimmung zu diesen AGB das Finanzunternehmen, Zahlungen von seinem angegebenen Konto innerhalb der Europäischen Union mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weist er seinen Zahlungsdienstleister an, die von dem Finanzunternehmen auf sein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass er innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit seinem Zahlungsdienstleister vereinbarten Bedingungen. Im Falle, dass der Kunde nicht der Kontoinhaber des angegebenen Kontos ist, stellt er sicher, dass das Einverständnis des Kontoinhabers für den SEPA-Lastschrifteinzug vorliegt.

(2) Bei Wahl des SEPA-Lastschriftverfahrens sind personenbezogene Daten des Kunden (Vorname, Name, Adresse in Deutschland, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse) und die Kontoverbindung für die eindeutige Zuordnung einer Zahlung für eine erworbene Fahrkarte erforderlich. Der Kunde verpflichtet sich, alle für die Teilnahme am SEPA-Lastschriftverfahren erforderlichen Kontodaten (insbesondere Kontoinhaber und International Bank Account Number (IBAN, Internationale Bankkontonummer) mitzuteilen und im hierfür vorgesehenen Formular im Shopsystem oder der App einzutragen.

(3) Das Finanzunternehmen wird im Rahmen des Registrierungsprozesses für das SEPA-Lastschriftverfahren oder bei einem Wechsel von einem anderen Zahlverfahren auf das SEPA-Lastschriftverfahren nach eigenem Ermessen unter Wahrung der datenschutz-rechtlichen Voraussetzungen nach der DSGVO und dem BDSG eine Überprüfung der Bonität des Kunden durchführen. Dies erfolgt durch Abgleich der angegebenen Personendaten des Kunden gegen den Datenbestand eines Bonitätsdienstleisters (siehe Punkt 7, Absatz (4)).

(4) Eine Übersicht über die getätigten Ticketkäufe erhält der Kunde unmittelbar nach dem Kauf per E-Mail an seine beim Verkaufsvorgang angegebene E-Mail-Adresse.

(5) Der Kunde erhält im SEPA-Lastschriftverfahren eine Vorabankündigung (Prenotification) durch das Finanzunternehmen über Einziehungstag und -betrag. Der Kunde erhält diese Vorabankündigung (Prenotification) mindestens zwei (2) Tage vor Einzug der Forderung. Die Übermittlung der Vorabankündigung (Prenotification) erfolgt auf elektronischem Wege mit der Bestellbestätigung an die angegebene E-Mail-Adresse.

(6) Der Kunde verzichtet auf die Einholung eines schriftlichen SEPA-Lastschriftmandates. Der Verzicht wird vom Kunden gegenüber dem Zahlungsdienstleister des Kunden, des Zahlungsdienstleisters des Gläubigers und dem Gläubiger erklärt. Mit der Weitergabe der Verzichtserklärung an die vorgenannten Parteien ist der Kunde einverstanden. Bei Wegfall oder Unwirksamkeit des Verzichts ist der Kunde verpflichtet, eine schriftliche Mandatserteilung unverzüglich nachzureichen. Dazu genügt eine E-Mail an sepa@logpay.de mit der Bitte um Zusendung des SEPA-Lastschriftmandatsformulars. Der Kunde erhält im Anschluss das Formular für das SEPA-Lastschriftmandat, welches er vollständig ausgefüllt und eigenhändig unterschrieben an das Finanzunternehmen postalisch zurückschicken muss. Sofern der Kunde nicht der Kontoinhaber ist, ist er verpflichtet, die Mandatsreferenznummer an den Kontoinhaber weiterzuleiten.

(7) Der Kunde hat sicher zu stellen, dass das angegebene Konto über ausreichende Deckung verfügt, so dass die SEPA-Lastschrift eingezogen werden kann. Sollte eine SEPA-Lastschrift unberechtigt vom Kontoinhaber zurückgegeben werden oder der Einzug der Forderung bei dessen Zahlungsdienstleister aus von ihm zu vertretenden Gründen - insbesondere wegen unzureichender Deckung, falscher oder ungültiger Kontodaten oder Widerspruch - scheitern, ist er verpflichtet, für ausreichend Deckung oder für die Behebung des Grundes der Zahlungsstörung zu sorgen, so dass neben dem ausstehenden Betrag die angefallenen Fremdgebühren des Zahlungsdienstleisters zu dem in der Mahnung genannten Tag eingezogen werden können. Das Finanzunternehmen ist berechtigt, einen weitergehenden Verzugsschaden geltend zu machen.

4.2.2. Zahlung per Kreditkarte

(1) Die Abrechnung der gekauften Produkte über das Kreditkartenverfahren ist nur mit Visa oder Mastercard® möglich. Andere Kreditkarten werden nicht akzeptiert.

(2) Während des Bestellvorgangs werden die folgenden Kreditkartendaten des Kunden erfasst

Name und Vorname des Kreditkarteninhabers,
E-Mail-Adresse,
Kreditkartentyp,
Nummer der Kreditkarte,
Ablaufdatum der Kreditkarte,
CVC-Code der Kreditkarte

und an den Rechner des Finanzunternehmens zur Abrechnung übertragen.

(3) Im Rahmen der erstmaligen Angabe von Kreditkartendaten werden diese geprüft. Dabei werden die vom Kunden angegebenen Daten an seinen Zahlungsdienstleister übermittelt und ein Betrag in Höhe von 1,00 Euro angefragt und autorisiert. Die Autorisierung verfällt automatisch innerhalb von ungefähr zwei Wochen. Eine Verbuchung oder ein Einzug des angefragten Betrages erfolgt nicht.

(4) Sofern der Zahlungsdienstleister des Kunden das 3-D-Secure-Verfahren (Verified by Visa, Mastercard® SecureCode®) unterstützt, findet dieses zur Erhöhung der Sicherheit gegen Missbrauch für die Bezahlung mit Kreditkarte Anwendung. Sollte der Zahlungsdienstleister des Kunden das 3-D-Secure-Verfahren nicht unterstützen, wird dieser Punkt übersprungen.

(5) Das System des Finanzunternehmens überprüft die vom Kunden angegebenen Kreditkartendaten auf Richtigkeit und gegebenenfalls vorhandene Sperrvermerke des jeweiligen Kreditkartenherausgebers. Zu diesem Zweck werden Kreditkarten- und Zahlungsdaten des Kunden an einen Kreditkarten-Acquirer weitergegeben. Im Falle, dass der Kunde nicht der Inhaber der angegebenen Kreditkarte ist, stellt er sicher, dass die Einwilligung des Karteninhabers für die Belastung vorliegt. Der Kunde hat zudem sicher zu stellen, dass die angegebene Kreditkarte nicht gesperrt ist und über ein ausreichendes Limit verfügt. Sollte die Autorisierung aus irgendeinem Grund fehlschlagen, erhält der Kunde eine entsprechende Fehlermeldung.

(6) Detaillierte Informationen über die Zusammensetzung des Gesamtbetrages erhält der Kunde mit der Bestellbestätigung per E-Mail.

(7) Der Zeitpunkt der Abbuchung vom Konto des Kunden ist durch den jeweiligen Kreditkartenvertrag des Kunden mit seinem Zahlungsdienstleister festgelegt.

(8) Sollte der Kunde ungerechtfertigt ein Charge Back (Rückgabe des Betrages) veranlassen oder der Einzug der Forderung aus von ihm zu vertretenden Gründen scheitern, ist der Kunde verpflichtet, zusätzlich zu dem Kaufpreis des gekauften Tickets die angefallenen Fremdgebühren des Kreditkarten-Acquirier zu tragen. Das Finanzunternehmen ist berechtigt, einen weitergehenden Verzugsschaden geltend zu machen.

4.2.3. Verfahren für Mobilfunkabrechnung (MNO-Billing)

Die Zahlung per Mobilfunkrechnung (MNO-Billing) ist nur bei deutschen Mobilfunknetzbetreibern möglich. Die Abrechnung von Leistungen Dritter darf nicht gesperrt sein.

Um mittels MNO-Billing zu zahlen, wählt der Kunde MNO-Billing als Zahlart aus. Er wird dann auf die Seite des Finanzdienstleisters geleitet, wo er seine Mobilfunknummer und den Mobilfunknetzbetreiber eingibt. Nach Bestätigung der Daten wird geprüft, ob das MNO-Billing für die eingegebene Mobilfunknummer unterstützt wird. Wird das MNO-Billing unterstützt, erhält der Kunde eine SMS mit einer TAN an die zuvor eingegebene Mobilfunknummer geschickt. Diese TAN gibt der Kunde in dem vorgesehenen Feld im Webshop bzw. in der App ein. Nach erfolgreicher Prüfung der TAN wird das Ticket an den Kunden über die App/den Webshop ausgestellt. Der Kunde erhält keinen separaten Beleg über den Ticketkauf. Nach dem Ticketkauf erhält der Kunde eine Bestätigung an seine E-Mail-Adresse.

Für das MNO-Billing fallen zusätzlich Servicegebühren in Höhe von 20 % des Ticketpreises (inkl. Umsatzsteuer) an, die dem Kunden zusätzlich zum Ticketpreis in Rechnung gestellt werden. Die Servicegebühr wird dem Kunden vor dem Ticketkauf angezeigt. Die Servicegebühr wird nicht auf dem gekauften Ticket ausgewiesen.

Für das MNO-Billing gilt inklusive der Servicegebühr eine Obergrenze von 50 Euro für jede Einzeltransaktion. Höhere Beträge können nicht per MNO-Billing bezahlt werden. Der Ticketpreis und die Servicegebühr werden als Gesamtpreis auf der Mobilfunkrechnung des Kunden ausgewiesen und über die Mobilfunkrechnung eingezogen.

5. Sperrung

(1) Stellt der Nutzer einen Missbrauch der Nutzungsmöglichkeit seines Nutzungsvertrages fest, ist er verpflichtet, dies unverzüglich bei der Hotline des VVW anzugeben. Das gleiche gilt bei Verlust, Diebstahl oder Veräußerung des mobilen Endgerätes bzw. der registrierten SIM-Karte (Telefonnummer).

Bis zum Eingang der Meldung haftet der Nutzer für die bis dahin entstandenen Forderungen. Der VVW unterstützt den Nutzer dahingehend, dass die Nutzungsmöglichkeit von MobileTickets sofort gesperrt wird.

(2) Stellt ein Verkehrsunternehmen oder ein Dienstleister einen Missbrauch fest, wird die Nutzungsmöglichkeit des MobileTickets sofort gesperrt. Die Sperrmitteilung erfolgt über eine SMS-Benachrichtigung durch den IT-Dienstleister. Jeder Ticketkauf bzw. jede Inanspruchnahme von Leistungen, die mit der registrierten SIM-Karte erfolgte, gilt bis zum Zeitpunkt der Sperrung als vom Nutzer veranlasst.

(3) Bei einer Zahlungsstörung jedweder Art, unabhängig von der gewählten Zahlungsweise, wird der Nutzer für weitere MobileTicket-Käufe gesperrt bis die Zahlungsforderungen ausgeglichen sind. In diesem Fall wird der Nutzer in einem Mahnschreiben durch den Finanzdienstleister über die erfolgte Sperrung informiert. Der Kunde trägt ggf. entstehende weitere Kosten, wie etwa Mahngebühren.

6. Datenschutz

(1) Personenbezogene Daten des Kunden und alle damit einhergehenden Änderungen sowie Bestelldaten werden ausschließlich nach den Bestimmungen des geltenden Datenschutzrechts (insbesondere nach der DSGVO und dem BDSG) erhoben, verarbeitet und genutzt. Bewegungsprofile werden nicht erstellt. Personenbezogene Daten werden – insbesondere während des gesamten Bestellprozesses – gemäß den Anforderungen in Art. 32 DSGVO grundsätzlich durch eine sichere Online-Verbindung zwischen dem Endgerät des Bestellers und dem verbundenen Rechner sowie den mit diesen verbundenen nachgelagerten Systemen geschützt (https-Verschlüsselung, etc.) Der Kunde erhält die gemäß Art. 13 DSGVO erforderlichen Informationen zum Zeitpunkt der Bestellung.

Für die Speicherung personenbezogener Daten sind unter Beachtung in Rechtsvorschriften festgesetzter Höchstspeicher- und Löschfristen angemessene Fristen festgelegt. Durch verfahrensrechtliche Vorkehrungen wird sichergestellt, dass diese Fristen eingehalten werden.

(2) Die im Zusammenhang mit der Registrierung angegebenen personenbezogenen Daten (Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Adresse, E-Mail-Adresse, Zahlverfahren) sowie die im Zusammenhang mit dem nichtregistrierten Kauf anzugebenden personenbezogenen Daten (Vor- und Nachname, E-Mail-Adresse, Zahlverfahren) und alle Änderungen, werden zum Zwecke der Abwicklung von den Auftragsdatenverwaltern

eos.uptrade GmbH
Schanzenstraße 70
20357 Hamburg

und

Rostocker Straßenbahn AG
Hamburger Str. 115
18069 Rostock,

verarbeitet und genutzt. Die Auftragsdatenverwalter haben sich gegenüber der VVW GmbH verpflichtet, die Daten vertraulich und datenschutzrechtskonform zu verwenden und nicht an Dritte weiterzugeben.

Die VVW GmbH schließt mit den Auftragsdatenverwaltern eos.uptrade GmbH und Rostocker Straßenbahn AG einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO ab. Verantwortliche Stelle gemäß Art. 24 DSGVO ist die Verkehrsverbund Warnow GmbH, Stampfmüllerstr.40, 18057 Rostock, Amtsgericht Rostock HRB 7147, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Andrea Doliwa, für die Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsabwicklung für den Kauf eines Mobile Tickets.

(3) Die im Zusammenhang mit der Nutzung der angebotenen Zahlverfahren im Rahmen des Bezahlvorgangs angegebenen personenbezogenen Daten (Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Adresse, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Kreditkartendaten) und alle Änderungen, werden zum Zwecke der Abwicklung der Zahlungen und zum Forderungsmanagement von dem Finanzunternehmen

LogPay Financial Services GmbH
Schwalbacher Straße 72
65760 Eschborn,

verarbeitet und genutzt. Das Finanzunternehmen hat sich gegenüber der VVW GmbH verpflichtet, die Daten vertraulich und datenschutzrechtskonform ausschließlich zur Erbringung der Zahlung zu verwenden und nicht an Dritte weiterzugeben, mit Ausnahme der in dieser Datenschutzerklärung [Absatz (3)] genannten Unternehmen.

Die VVW GmbH schließt mit dem Finanzdienstleister LogPay einen Auftragsdatenverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO ab. Verantwortliche Stelle gemäß Art. 24 DSGVO ist die Verkehrsverbund Warnow GmbH, Stampfmüllerstr.40, 18057 Rostock, Amtsgericht Rostock HRB 7147, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Andrea Doliwa, für die Datenverarbeitung zum Zweck der Vertragsabwicklung für den Kauf eines Mobile Tickets.

(4) Im Rahmen des Registrierungsprozesses für das Zahlverfahren SEPA-Lastschrift und/oder bei Änderungen Ihrer Kundendaten im Zusammenhang mit dem Wechsel auf das Zahlverfahren SEPA-Lastschrift kann das Finanzunternehmen unter der Voraussetzung der Bestimmungen der DSGVO und des BDSG eine Überprüfung der Angaben und der Bonität durchführen. Dies erfolgt durch Abgleich der Personendaten gegen den Datenbestand der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Für den Fall, dass der Kunde seinen Zahlungspflichten nicht nachkommt, werden die personenbezogenen Daten zum Zwecke des Einzugs der Forderungen (z.B. durch Zahlungserinnerungen/Mahnungen) und der Durchsetzung der Forderungen (etwa im Rahmen eines gerichtlichen Mahnverfahrens oder der Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwaltskanzlei bei klageweiser gerichtlicher Durchsetzung) an ein Inkassounternehmen weitergegeben. Die Weitergabe an ein Inkassounternehmen ist insbesondere zulässig zur Wahrung eigener Geschäftsinteressen im Rahmen der Vertragsabwicklung. Bei der Verwendung der personenbezogenen Daten werden die berechtigten Belange angemessen berücksichtigt. Zur Prüfung der angegebenen Kreditkartendaten und zur Abwicklung von Zahlungen im Kreditkartenverfahren wird das Finanzunternehmen die Kreditkarten- und Zahlungsdaten an den Kreditkarten-Acquirer weitergeben.